

Politische Berichte ★

Nummer 26 / 16. Jahrgang

28. Dezember 1995

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 0221/21 16 58 Fax: 0221/21 5373

G 7756 D Preis 2,00 DM

Wahlsieg der Regime-Parteien in der Türkei

Aber die Refah gewann dazu, in Kurdistan wurde HADEP stärkste Partei

Nach den türkischen Wahlen zeichnet sich eine Koalitionsregierung aus den reaktionären Parteien ANAP, DYP (Tansu Ciller) und DSP („Demokratische Linkspartei“ unter Ecevit) ab. Stärkste Partei wurde die „Refah“. Die HADEP erreichte landesweit nur 4,2% - aber in Kurdistan ist sie die stärkste Partei.

ANAP, DYP und DSP erreichten zusammen ca. 55% der Stimmen, im Parlament verfügen sie über ca. 340 der 550 Sitze. Alle drei Parteien sind strikt antikurdisch. DSP-Chef Ecevit hatte nach der letzten Parlamentswahl die sozialdemokratische CHP wg. angeblich „pro-separatistischer Politik“ gespalten, weil diese kurdischen Abgeordneten der HEP erlaubt hatte, auf ihren Listen zu kandidieren. Die CHP, die nach diesem Urteil pro-kurdischen Intermezzo mit Tansu Ciller koaliert und die Verbote der HEP und DEP sowie die Inhaftierung der kurdischen DEP-Abgeordneten mitgetragen hatte, kam auf ca. 10%. Die faschistische MHP scheiterte mit 8% am Wahlgesetz, wonach nur solche Parteien ins Parlament kommen, die landesweit 10% und mehr erreichen.

Stärkste Partei wurde die „Refah“- (Wohlfahrts)-Partei. Die Partei entstand vor etwa 20 Jahren. Ihr Parteivorsitzender Erbakan führte damals in einem heftigen Streit in den Industrie- und Handelskammern der Türkei eine Fraktion kleinerer und mittlerer Unternehmen, die sich gegen die weitere Öffnung des Landes für westliche Konzerne und gegen die Übermacht der großen türkischen „Holdings“ wehrte und für Zollschatz, Aufbau einer eigenen Schwerindustrie und Orientierung auf den arabischen Raum eintrat. Ihre Gegenspieler - u.a. der heutige Staatschef Demirel - gewannen, Erbakan wurde aus der Kammer ausgestoßen und gründete die „Refah“, die seitdem im Bündnis mit Teilen der islamischen Geistlichkeit und Großgrundbesitzern durch Armenküchen und ähnliche „Wohltaten“ ihre soziale Basis verbreitert hat. In den kurdischen Gebieten hat die Refah Anhang u.a. unter Dorfschützern.

Die Partei HADEP und das von ihr geführte Bündnis für „Arbeit, Frieden und Freiheit“ wurde in den kurdischen Gebieten stärkste Partei. Sie kam in Diyarbakir auf 46,5%, in den Provinzen Hakkari 54,4%, Batman 37,4%, Sirnak 25,9%, Van 27,8%, Siirt 26,7%, Mardin 22%, Agri 18%, Dersim 17%, Mus 16,8%, Bitlis 10%. Selbst in Istanbul erhielt die HADEP 3,5%, in Ankara ca. 2,5%, in Izmir ca. 5%.

Trotz massiver Behindernungen durch türkische Sicherheitskräfte beteiligten sich an den Wahlkundgebungen der HADEP, ermutigt auch durch den erneuten Waffenstillstand der PKK, mehrfach mehrere zehntausend Menschen, so in Izmir, Diyarbakir und anderen Städten. (Foto aus: „Özgür Politika“)

Daß die HADEP trotzdem landesweit nur ca. 1,4 Millionen Stimmen, d.h. 4,2% erhielt, ist eine Folge des türkischen Wahlrechts. Etwa 3 Millionen Kurden, die das Militär aus ihren Dörfern vertrieben hat, waren nämlich in ihren Fluchtorten nicht als Wähler registriert. Etwa die Hälfte der kurdischen Bevölkerung dürfte so kein Wahlrecht gehabt haben - von den Repressionen des Regimes gegen die HADEP einmal ganz abgesehen.

Die Aussichten für eine politische Lösung der kurdischen Frage sind durch den Wahlausgang trotz des von der PKK verkündeten Waffenstillstands vermutlich nicht besser geworden. Der Versuch der europäischen und US-Imperialisten, mit dem türkischen Militär den kurdischen Aufstand mit Gewalt niederzuwerfen und das Land weiter im Status einer westlichen Militärbastion und Halbkolonie mit Billigstlöhnen und Tourismus zu halten, dürfte weitergehen. (rül)

Seite 4/5: Waffenstillstand der PKK



Woher kommt Theo Waigels Haushaltsloch?

Die Steuerlast der Besserverdienenden, vor allem der Konzerne, wird immer geringer

In der öffentlichen Diskussion leiser kaum beachteten Beitrag zur Diskussion um das von Waigel & Co. bedachte „Haushaltsloch“ hat eine Quelle geliefert, die eigentlich Waigel eng verbunden ist: Die Deutsche Bundesbank. ihrem neuesten Monatsbericht liefert die Bank nämlich - wie jeden Monat - Daten über die Entwicklung der Steueraufnahmen in den letzten Jahren und in paar interessante Hinweise zur Erklärung dieser Zahlen.

Danach stiegen die staatlichen Einnahmen aus Lohnsteuern (der Einfachheit halber nennen wir im folgenden zets nur die Zahlen für das „frühere Bundesgebiet“, also das Gebiet der alten BRD) von 147,6 Mrd. DM (1985) auf 41,9 Mrd. DM (1994), also um +64%.

In gleichen Zeitraum fielen die Einnahmen aus „veranlagter Einkommenssteuer“ von 28,6 Mrd. DM (1985) auf 26,5 Mrd. DM (1994), also um 7%. Zur Einkommenssteuer veranlagt wurden 1994 Personen, die alleinstehend mehr als 21.000 DM im Jahr steuerpflichtiges Einkommen hatten, bei Verheiratenen das Doppelte, oder Personen, die aus

anderen Gründen (z.B. Eigenheim) eine „Veranlagung“ beantragt hatten. In der Regel kann man also sagen: zur Einkommenssteuer „veranlagt“ werden Bezieher mittlerer oder höherer Einkommen.

Das Aufkommen aus Körperschaftssteuern der Unternehmen fiel sogar von 31,8 Mrd. DM (1985) auf 18,6 Mrd. DM (1994), d.h. um 42%!

Lediglich die sog. „Kapitalertragssteuern“ (Zinssteuern, Steuer auf Dividenden u.ä.) stiegen von 6,2 Mrd. DM (1985) auf 30,6 Mrd. DM (1994). Die schroffe soziale Spaltung bei der Steuerlast bleibt aber auch unter Einschluß dieser Steuern bestehen: Das Aufkommen aus veranlagten Einkommenssteuern, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern zusammen stieg nämlich nur von 66,6 Mrd. DM (1985) auf 75,7 Mrd. DM (1994), d.h. um 14%.

Volumenmäßig am stärksten stiegen wieder einmal die Umsatzsteuern: Von 109,8 Mrd. DM (1985) auf 222,3 Mrd. DM (1994), d.h. um 102%. Da es sich auch hier um Steuern handelt, die die Bezieher niedriger Einkommen am stärksten

belasten, bleibt das Ergebnis das gleiche:

Die Regierung Kohl hat mit ihrer Steuerpolitik in den vergangenen zehn Jahren systematisch die Konzerne und Bezieher höherer Einkommen entlastet, während die Bezieher niedriger Einkommen immer höher belastet wurden.

Im Feudalismus lautete die Steuerpolitik: Der Adel ist qua Geburtsrecht steuerfrei. Jetzt sind zwar die Parolen anders: „Entlastung der Leistungsträger“, „den Industriestandort sichern“ usw. - die soziale Wirkung der Steuerpolitik ist aber wieder dieselbe. Umso grotesker ist es da, daß dann noch mit der Parole „schlanke Staat“ gerade den Bevölkerungssteilen die Ansprüche auf staatliche Leistungen gestrichen werden, die die Hauptlast der Steuern zahlen.

Einen beträchtlichen Anteil an dieser schroffen sozialen Spaltung der Steuerlasten dürfte dabei in den letzten Jahren die Plünderung des Ostens, d.h. der neuen Bundesländer, gehabt haben. Wer genügend Geld hatte, um sich an diesem Raubzug zu beteiligen, wurde

steuerlich dafür doppelt und dreifach belohnt. So erläutert die Bundesbank den - auch 1995 anhaltenden - Rückgang bei der „veranlagten Einkommenssteuer“ in ihrem Dezember-Monatsbericht so: „So dürften vor allem einige zeitlich befristete Steuervergünstigungen sehr stark ausgenutzt worden sein ... Hierzu zählen sowohl die Steueranreize für Eigenheime ... als auch die großzügigen Steuervergünstigungen für Investitionen in den neuen Ländern.“

Um zurück auf Waigels „Haushaltsloch“ zu kommen: Waren die Körperschaftssteuern der Unternehmen in den Jahren 1985 bis 1994 genauso gestiegen wie die Lohnsteuern, hätte Waigel schon 1994 33 Mrd. DM mehr Steuern eingenommen. Waren die veranlagten Einkommenssteuern auch so gestiegen wie die Lohnsteuern, hätte er sogar 53 Mrd. DM mehr eingenommen! Der Bundeshaushalt hätte dann 1994 nicht mit einer Neuverschuldung - von knapp 39 Mrd. DM, sondern mit einem Überschuß von 14 Mrd. DM abgeschlossen. (rül)
Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Dezember 1995

AKTUELL IN BONN**Contra Ladenschluß und Nachtarbeitsschutz**

Am 18.12. hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Änderung des Ladenschlußgesetzes und zur „Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien“ beschlossen und dem Bundesrat zur ersten Beratung zugeleitet. Der Ladenschluß soll weiter „gelockert“ werden, in der Hauptsache ein Raubzug an der Arbeitskraft und Gesundheit von Verkäuferinnen und Beschäftigten in Bäckereien und Konditoreien und eine weitere Förderung der Konzentration im Einzelhandel zugunsten der kleinen Einzelhändler. Die Ladenschlußzeiten werden bis abends 20 Uhr verlängert, die Landesregierungen sollen entscheiden, ob Samstags generell bis 18 Uhr geöffnet werden darf. HBV, DAG und Einzelhandelsverband lehnen den Entwurf entschieden ab. Das Nachtbackverbot für Bäckereien und Konditoreien soll ebenfalls beseitigt werden, so daß ruinöse Arbeitszeiten vor allem in den Brot- und Backwarenfabriken möglich werden.

Neue Erbschafts-, Vermögens- und Grundsteuer

Eine Arbeitsgruppe der Finanzminister von Bund und Ländern berät seit einiger Zeit über Änderungen bei diesen Steuern. Anlaß ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die sog. Einheitswertbesteuerung von Grundstücken und Immobilien als verfassungswidrig abgelehnt hatte. Durch eine Neufassung der Freibeträge soll nun angeblich verhindert werden, daß Eigenheime u.ä. durch eine womöglich zu hohe Erbschaftssteuer nicht mehr an die Kinder oder Enkel vererbt werden können. Die CDU/CSU-Minister, die FDP und die Kapitalisten wollen bei diesen Beratungen am Ende die Vermögenssteuer ganz abschaffen und die für große Erbschaften und Schenkungen ohnehin schon jetzt sehr geringe Erbschaftssteuer noch weiter senken. Vor allem Betriebe sollen entlastet werden. So soll der sogenannte „Bewertungsabschlag“ bei der Vererbung von Betrieben von jetzt 25 auf künftig 40% erhöht werden. Bei „Gebrauchsvermögen“, also z.B. Eigenheimen, gilt pro Vererbenden ein Freibetrag von 400.000 DM, den dieser auf seine Erben verteilen kann. Der Versorgungsfreibetrag bei Ehegatten soll auf 500.000 DM steigen. Die SPD-Ministerpräsidenten drängen darauf, daß am Ende trotzdem das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer steigen soll - daß also große Vermögen stärker besteuert werden. Für 1996 wird bisher ein Aufkommen an Vermögenssteuer von 8,5 Mrd. DM und an Erbschaftssteuer von 3,6 Mrd. DM erwartet.

Neue Kürzung der Sozialhilfe noch nicht in Kraft

Der Bundesrat hat auf seiner letzten Sitzung in 1995 die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe (Befristung u.ä.) sowie im Asylbewerberleistungsgesetz abgelehnt. Damit treten diese Kürzungen nicht, wie von der Bundesregierung ursprünglich geplant,

zum 1.1.96 in Kraft, sondern müssen noch einmal in den Bundestag und evtl. auch noch in den Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag.

Gesundheits„reform“, Teil III

Am 18.12. stellte Bundesgesundheitsminister Seehofer die „Eckpunkte“ des sog. Teils 3 der Gesundheits„reform“ vor. Der Versuch der FDP, die Arbeitgeberbeiträge ganz abzuschaffen, ist zurückgestellt. Dafür sehen die Eckpunkte vor, daß künftig Beitragsanhebungen der Kassen einer Dreiviertelmehrheit der Stimmen bedürfen, was den Vertretern der Kapitalisten faktisch ein Vetorecht gegen jede Anhebung der Beiträge in die Hand gibt. Bei Kassen, in denen die Kapitalisten nicht paritätisch vertreten sind, gilt entsprechend, daß ihr Beitragssatz den halben durchschnittlichen Beitragssatz der Ortskrankenkassen nicht übersteigen darf. Zuzahlungen von Versicherten werden künftig alle zwei Jahre automatisch entsprechend dem Durchschnittsentgelt angehoben, womit ständig steigende „Selbstbeteiligung“ zur Norm wird. Die Zuzahlungen für Kuren, Rezeptgebühren u.ä. steigen sofort, außerdem soll bei Kuren ein Teil des Urlaubs „angerechnet“ werden. Den Arbeitgeberverbänden gehen die Eckpunkte nicht weit genug, sie fordern, ihre Zahlungen zur Krankenversicherung mindestens einzufrieren, besser noch ganz aufzuheben. In der Presse werden die „Eckpunkte“ als „Bonbon“ für die FDP und ihr Klientel der Besserverdienenden gehandelt, denen mehr „Wahlfreiheiten“ angeboten werden, vor allem, wenn sie noch jung und gesund sind. Die eigentlichen Einschnitte würden die Regierungsparteien erst nach den Wahlen im März bekanntgeben, heißt es weiter.

Albanien: Neue Kredite und neue Geschäfte

Am 18. Dezember weilte der Präsident der Republik Albanien, Sali Berisha, in Bonn. „Entwicklungsminister“ Spranger (CSU) unterzeichnete dabei ein neues „Projektabkommen“ über 47 Millionen DM. Seit 1987 hat Albanien von der BRD 304 Millionen DM „Entwicklungshilfe“ erhalten, größtenteils in Form rückzahlbarer Kredite. Diese zinsbringende „Hilfe“ bringt inzwischen auch anderweitig Früchte. Der „Deutsche Industrie- und Handelstag“ äußerte sich „sehr interessiert“ an Albanien-Geschäften. Die Preussag will die albanischen Chromerzvorkommen ausbeuten und bereitet ein entsprechendes Abkommen vor, die Telekom will das albanische Telefonnetz, und Siemens sammelt bereits zahlreiche Elektroaufträge. Die deutsche Balkanexpansion via Albanien kommt also zügig voran.

Was kommt demnächst?

Bundestag und Bundesrat sind in der „Weihnachtspause“. Am 6. Januar führt die FDP ihr „Dreikönigstreffen“ durch. Vom 8. bis 11. Januar tagt die CSU in Wildbad-Kreuth, am 26./27. Januar sind in Wildbad-Kreuth „Strategiegespräche“ mit der CDU vorgesehen, bei denen es u.a. um eine weite-

Ausbildungsförderung als Bankengeschäft**Proteste gegen Rüttgers BAFöG-„Reform“ Dokumentiert: Eine Rede in Kassel, 6.12.**

In zahlreichen Städten haben in den vergangenen Wochen Studierende gegen die von den Regierungsparteien geplante Umstellung der Ausbildungsförderung auf banküblich verzinsten Darlehen protestiert. Wir dokumentieren einen (aus Platzgründen gekürzten) Redebetrag aus Kassel, wo am 6. Dezember 10.000 Studierende, Schüler und Auszubildende gegen diese Pläne demonstrierten.

(...) Wir haben ... uns ... entschieden, zusammen mit Auszubildenden, Schülern und Schülern zu dem heutigen Streiktag zu mobilisieren. Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens, weil wir es wichtig finden, gemeinsam mit allen Bereichen zu demonstrieren, uns nicht spalten zu lassen und zu betonen, daß wir Jugendliche gemeinsame Interessen haben, für die wir auch gemeinsam eintreten, wenn es notwendig ist.

Zweitens, weil für uns Studentinnen und Studenten der heutige Tag eine höchst symbolische Bedeutung hat. Während wir hier demonstrieren, sitzen Kohl und seine Freunde in Bonn zusammen und beschließen eine Verzinsung des Bafögs mit marktüblichen Zinsen von 8,5%. Ursprünglich wollten sie den Beschuß direkt heute fällen, haben ihn jetzt aber wegen der Bosniadebatte auf den 13.12. verschoben.

Konkret wird das nichts anderes heißen, als daß ein normaler Bafögempfänger, der heute nach seinem Studium 35.000 DM zurückzahlt, dann das Doppelte, nämlich genau 70.000 DM zurückzahlen muß. Die Differenz, nämlich genau 35.000 DM pro Bafögempfänger, geht dann an eine der bedürftigsten, sozial unterdrücktesten Schichten in der Bundesrepublik: An die Deutschen Banken.

Was hinter dieser Politik der Unternehmerregierung Kohl steckt, macht ein bildungspolitisches Strategiepapier des Arbeitgeberverbandes vom Juni deutlich: „Wir brauchen eine zukunftsorientierte Pädagogik, welche die grenzenlose Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Glückseligkeit verheißende Emanzipationspädagogik der Vergangenheit ablöst, sich von jedweder Form schulpolitischer Gleichmacherei verabschiedet, die vorhandenen Begabungsressourcen unserer Jugendlichen weckt und Leistung fördert.“

Was hier mit einem Abschied von der Gleichmacherei gemeint ist, ist nichts anderes als ein Wegfegen der letzten Reste von Chancengleichheit, die in unserem heutigen Bildungssystem noch existieren. Kohl & Co. geht es weniger um die Finanzierung des Bildungssystems als um die Durchsetzung ihrer konservativen Bildungswende. In der HNA vom letzten Samstag finden wir zum Beispiel einen Artikel mit der Überschrift: „Kohl will Leistungseliten fördern.“ In der gleichen Ausgabe der HNA,

nur eine Seite vorher, stehen die Pläne der Kultusministerkonferenz zur Verkürzung des Abiturs und der Einführung von zwölfjährigen Elitegymnasien.

Die Vorschläge zur Verzinsung des Bafögs und zur Einführung von 1.000 DM Studiengebühren im studentischen Bereich sind Teil eines Generalangriff auf unser Bildungssystem. Nach den Rechten auf Arbeit soll nun auch das Recht auf Bildung fallen. Schon jetzt drängen sich bundesweit 1,9 Millionen Studierende in Hochschulen, die für 970.000 Studierende ausgelegt sind. Die Lösung der Kohlregierung heißt: Wer mit der leidigen Chancengleichheit Studium für Reiche! (...)

Die alte These der Konservativen, daß es eben einfach zu viele Studentinnen und Studenten gibt und wir doch bitte schön stattdessen eine Ausbildung machen sollen, geht auch nicht mehr auf. Bundesweit fehlen 165.000 Lehrstellen, jeder Dritte im Osten und jeder Fünfte im Westen wird nicht übernommen. Ir-

gendwer muß und dann bei Gelegenheit einmal erklären, wo wir dann überhaupt noch hinsollen? Ar der Uni will man uns nicht und in der Lehre auch nicht! Sollen wir uns vielleicht in Luft auflösen?

Die Kohlregierung und die Länderregierungen betreiben Sozialabbau um jeden Preis. An den Schulen fällt Unterricht aus, Lehrerstellen ab-

mittel fehlen und obwohl die Schülerzahlen steigen werden Lehrerstellen abgebaut.

Die Studentinnen und Studenten der GhK sehen ihren Kampf gegen die Verzinsung des Bafögs und die Einführung von Studiengebühren deshalb als Teil eines gemeinsamen Kampfes von Auszubildenden, Schülerinnen, Schülern, Studentinnen und Studenten gegen den sozialen Kahlschlag im Bildungssektor. Es ist ein Riesenerfolg, daß wir es geschafft haben, heute die gesamte Kasseler Jugend an einem Tag auf die Straße zu bringen und zu zeigen, daß wir uns nicht spalten lassen und für eine gemeinsame Zukunft kämpfen. (...) schließen sich die Studentinnen und Studenten der GhK heute solidarisch mit folgenden Forderungen diesem Streiktag an:

1. Keine Verzinsung des Bafögs, keine Studiengebühren - Für die Herstellung von Chancengleichheit!

2. Stoppt des Stellenabbaus an den Hochschulen!

3. Ausbau der Hochschulen - Verbesserung der Lehre!

4. Soziale Mindestsicherung für jede und jeden in Deutschland Studierenden von 1250,- DM im Monat, d.h. darlehenfreies, elternunabhängiges Bafög in dieser Höhe! (Dies entspricht dem Mindestbedarf nach Angaben des Studienwerkes)

5. Demokratisierung der Hochschulen aus: ASTATISCH, Zeitung des AStA der Georgsmarienhütte Kassel, Nr. 22, 14.12.95



In den Diskussionen deutscher „offizieller“ Kreise spielt, geschürt von reaktionistischen Kreisen um die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ und der CSU, die Forderung nach Aufhebung w. Annexionierung der sogenannten „Bes-Dekrete“ eine wichtige Rolle. Mit den „Benes-Dekreten“ entschied die tschechische Regierung nach 1945, die Sudetendeutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei als Sühne für die schrecklichen Verbrechen während der deutschen Okkupation der Jahre 1938 bis 1945 zu enteignen und auszusiedeln. Eine „Annexionierung“ dieser Dekrete und damit eine Anerkennung reaktionistischer Forderungen nach Rückgabe deutschen Eigentums“ können für die Tschechische Republik keinen Eintritt in die Europäische Union bedeuten, fordern „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ und CSU. Der Emil Suka skizziert im folgenden, welche Verbrechen auf das Konto der deutschen Okkupation der Tschechei in den Jahren 1938 bis 1945 gingen.

Der Plan der militärischen Aggression gegen die Tschechoslowakei wurde von der Führung der deutschen Wehrmacht bereits im Jahre 1935 (Fall Schulung) erarbeitet, im April 1938 bis ins Detail ausgearbeitet (Fall Grün). Eine wichtige Rolle z.B. bei der Beschaffung von Nachrichtendienstlichen Informationen gegen die Tschechoslowakei spielte ein Teil der sudetendeutschen Bevölkerung.

Bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit Formationen des sudetendeutschen Freikorps (FS) sind 170 Angehörige der tschechoslowakischen Heerstruppen gefallen, bei den Gewalttätigkeiten des FS gegen die tschechische Bevölkerung in den Grenzgebieten am 15. September 1938 2.400 Personen nach Deutschland verschleppt, wo sie als Geiseln gefangen gehalten wurden. Ein Teil von ihnen war bis Anfang 1945 im KZ Dachau inhaftiert.

Bei dem Münchner Diktat vom 19. September 1938 wurden aus den Grenzgebieten der böhmischen Länder mehr als 100.000 Personen, davon 122.000 Tschechen, 15.000 Juden und 13.000 antifaschistisch gesinnte Deutsche vertrieben. Allein die Verluste an ihrem persönlichen Eigentum betrugen nach unbeständigen Angaben 357 Millionen Kronen.

In den besetzten Grenzgebieten wurden schon vom Oktober 1938 an insgesamt 10.000 Tschechen und antifaschistisch orientierte Deutsche verhaftet.

Die nazistische Staatsverwaltung des gebildeten Sudetengaus hat den Rest der tschechischen Bevölkerung - mehr als 420.000 Personen - praktisch alle Rechte, sei es im wirtschaftlichen, Nationalitäten- oder politischen Bereich, gebracht. Eine Reihe von Maßnahmen waren auf die schrittweise Germanisierung der tschechischen Wirtschaft und Bevölkerung ausgerichtet:

Gehörten insbesondere die Konfiszierungen des tschechischen und des jüdischen Eigentums - allein bei den Bauwerken ging es um 100.000 Hektar Boden, weiter die schnelle Auflösung tschechischer Schulen - aufgelöst wurden alle tschechischen Ober- und Fachschulen, begrenzt wurde die Zahl der Realschulen - es wurden tschechische Büchereien liquidiert, tschechische Kulturaktivitäten verboten und schließlich, besonders auf 1941 jedwegen gesellschaftliche und kulturelle Leidenschaften der tschechischen Bevölkerung unmöglich gemacht.

Die Okkupation der böhmischen Länder vom 15.3.1939 und die Errichtung des Protektorats wurde von Präventivhaftungen der Gegner des Nazi-Reichs begleitet (Aktion Gitter, März bis 1939, es wurden 6.400 Personen verhaftet, ein Teil von ihnen ist in den Kon-

zentrationslagern ums Leben gekommen), ähnlich sah es auch später aus (Aktion Albrecht, September 1939, und Aktion Gitter II, August bis September 1944). Nach der definitiven Schaffung der Struktur des Okkupationsverwaltungssystems, in dem 40.000 Sudetendeutsche (oft in dessen Repressionsorganen, so z.B. in der Gestapo)

den Vernichtungslagern, sind die meisten tschechischen und slowakischen Opfer der Okkupation umgekommen. In Auschwitz-Birkenau waren es 88.000, in Majdanek 30.000 Personen usw.

Im Protektorat wurden von der Nazi-Macht die Nürnberger Rassengesetze voll eingeführt (ab Juni 1939). Sie ermöglichen die verstärkte Diskriminie-

re mit der Veränderung der nationalen Zugehörigkeit der rassistisch geeigneten Tschechen und mit der Aussiedlung und Liquidierung von rassistisch ungeeigneten und dem „Reichen feindlich gesinnten“ Tschechen rechneten. Ein Komplex-Verfahren der Germanisierungspolitik entwarf R. Heydrich (Oktober 1941, Februar 1942), siehe die danach folgende Rassenuntersuchung der tschechischen Bevölkerung im Frühling 1942.

Die Endlösung wurde auf die Zeit nach dem vorausgesetzten siegreichen Krieg verschoben, und zwar im Hinblick auf die Nutzung des Wirtschaftspotentials der böhmischen Länder zu militärischen Zwecken. Trotzdem wurde eine Reihe von Maßnahmen realisiert: vor allem die Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung und die organisierte Kolonisation durch deutsche Siedler - die Bildung deutscher „Gebietsbrücken“ - im Protektorat. Dazu wurde die Bildung militärischer Übungsorte genutzt - z.B. in Milovice (Zwangsaussiedlung von 7 tschechischen Gemeinden), Brdy (12 Gemeinden), die Gebiete um Benešov, Neveklov, Sedlany (65 Gemeinden, 31.000 Personen), ferner auch das Gebiet um Vyskov (33 Gemeinden, 18.500 Personen) u.a., insgesamt wurden auf diese Art und Weise während der Okkupation 80.000 Hektar Boden beschlagnahmt, 245 Gemeinden und Ortschaften wurden besetzt, nachdem 60.000 Personen zur Aussiedlung gezwungen worden waren.

Bestandteil der Germanisierungspläne war die systematische Beschränkung der nationalen, kulturellen und autonomen Aktivitäten der tschechischen Gesellschaft und die damit zusammenhängende Priorität der Repressionen gegen die tschechische Intelligenz, gegen die Repräsentanten der tschechischen Kultur, des Schulwesens, die Repräsentanten des öffentlichen Lebens usw., das System der Germanisierungsanordnungen griff dauernd in die Erziehung ein und war auf die Begrenzung der Lebensperspektiven der Jugend und auf ihre planmäßige Entnationalisierung ausgerichtet. Im Wirtschaftsbereich war von entscheidender Bedeutung die Errichtung der Zollunion mit Deutschland (ab Oktober 1940), die ein unkontrolliertes Vordringen des deutschen Kapitals (vor allem des Rüstungskapitals) in die böhmischen Länder und gleichzeitig den Abzug der Devisenreserven aus den böhmischen Ländern nach Deutschland ermöglichte, die Konkurrenzfähigkeit des tschechischen Kapitals in erheblichem Maße beschränkte und das Lebensniveau der tschechischen Bevölkerung senkte.

Die Summe menschlicher und materieller Verluste der Tschechoslowakei während der Zeit der Nazi-Okkupation: nach den jüngsten, unvollständigen Angaben sind insgesamt 340.000 Personen ums Leben gekommen. Sie starben in den Konzentrationslagern, bei Bombenangriffen und bei den Kämpfen in der Zeit, wo in den böhmischen Ländern die Kriegsfront verlief, viele tschechische Bürger wurden bei den Repressionsmaßnahmen hingerichtet, andere fielen im direkten Kampf gegen die bewaffneten Organe von Nazi-Deutschland. Die materiellen Schäden betragen nach den Nachkriegsberechnungen insgesamt 347,5 Milliarden Kronen (Industrie und Handel 38,4 Milliarden, Landwirtschaft 44,5 Milliarden, Eisenbahntransport 20,4 Milliarden Kronen, Währung 134,5 Milliarden Kronen). In diese Summe wurden nicht einbezogen die Schäden an den Gebäuden, an Leben und Gesundheit der Bürger - diese wurden auf weitere 300 Milliarden Kronen berechnet.

Dr. Emil Hruska lebt in Plzen. Er ist Mitglied der „Partei des Linken Blocks“.



15. März 1939: Die Bevölkerung Prags empfing die faschistischen Eindringlinge mit unverhohlem Zorn und Widerstandswillen.

Die Nazi-Okkupation in Böhmen 1938-1945

Ein Beitrag zur deutsch-tschechischen Geschichtsaufarbeitung. Von Dr. Emil Hruska.

wirkten, folgten weitere Repressionswellen: Der Eingriff gegen tschechische Hochschulen im November 1939, deren Schließung. Über 1.200 Studenten wurden in die Konzentrationslager verschleppt. Es folgte die Erklärung des ersten Standrechts (September 1941 bis Januar 1942), 500 Personen hingerichtet, 2.200 Personen wurden in die KZs verschleppt. Bei dem zweiten Standrecht, das nach dem Attentat tschechischer Patrioten auf R. Heydrich erklärt wurde (Mai bis Juli 1942) wurden über 5.000 Personen hingerichtet, die Gemeinde Lidice (insgesamt kamen 339 Männer, Frauen und Kinder ums Leben) und die Gemeinde Lezaky (getötet wurden 54 Männer, Frauen und Kinder, nur 2 Kinder konnten überleben) dem Boden gleichgemacht. Gleichzeitig wurden Transporte der jüdischen Bevölkerung aus den böhmischen Ländern in die Vernichtungslager (3.000 Personen) organisiert. Ab September 1942 verließ die „Aktion E“, bei der die Familienangehörigen festgestellter Teilnehmer des tschechischen Auslands widerstands in die Konzentrationslager transportiert wurden. Dazu sei zu bemerken, daß die Nazi-Behörden bei der Gefangennahme der Angehörigen tschechoslowakischer Armee-Einheiten im Ausland die internationalen Konventionen über Gefangene nicht anerkannten, tschechoslowakische Soldaten wurden der Gestapo übergeben, in einigen Fällen dann hingerichtet.

Im Protektorat waren erhebliche Kräfte des Sicherheits- und Polizeiapparates Nazi-Deutschlands stationiert. Ihre Struktur sicherte einen starken repressiven Druck auf die tschechische Gesellschaft im Interesse der „Erhaltung der Ordnung“ in diesem Raum. Allein das Netz der Amts- und Dienststellen der Gestapo führte während der Okkupation Verhaftungen von 115.000 Personen (zusätzlich zu der Rassenverfolgung) durch, die meistens den Folterungen in den Gestapo-Gefängnissen ausgesetzt waren. In den Nazi-Haftanstalten und Konzentrationslagern sind insgesamt mehr als 350.000 Tschechen geraten. In den KZs, insbesondere in

den Konzentrationslagern bis hin zu deren Konzentration im Ghetto von Terezin und den weiteren Deportationen in die Konzentrationslager, in denen 80.000 Juden aus den böhmischen Ländern umgekommen sind.

In den böhmischen Ländern wurde dauernd die spezifische Form des Nazi-Terrors, die sog. Sonderbehandlung angewendet, die Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren ermöglichte und in zahlreichen Fällen bis zum Mai 1945 genutzt wurde. In ähnlicher Weise wurden auch die Sondergerichte errichtet, die das Ziel hatten, die Bevölkerung von der antinazistischen Tätigkeit abzubringen. In den Jahren 1944 bis 1945 wurden die Soforthinrichtungen unter erzwungenen Teilnahme der Bevölkerung mehrerer Ortschaften in den böhmischen Ländern praktiziert, es wurden weitere Gemeinden niedergebrannt, ihre Bewohner ermordet (Plostina, Prlov, Javoricka, Leskovice).

Bestandteil der nazistischen Repressionspolitik im Protektorat war der sog. Totaleinsatz tschechischer Bevölkerung zur Arbeit im Reich, ab 1942 Zwangseinziehungen vor allem junger Leute, die vor allem in der Rüstungsindustrie arbeiten mußten, insbesondere in den Jahren 1944 bis 1945. Sie waren in einer rechtlosen Stellung und mußten unter unerträglichen Bedingungen arbeiten. Total eingesetzt wurden insgesamt 600.000 Personen, 3.000 von ihnen sind ums Leben gekommen. Tausende von ihnen kamen mit gesundheitlichen Schäden zurück.

Die Nazi-Pläne zur Endlösung der tschechischen Frage: das Ziel war die vollkommene Germanisierung des tschechischen Raumes und der tschechischen Bevölkerung. Die Konzeption ging von dem Projekt zur „Aufhebung der tschechischen Gemeinschaft im territorialen und geistigen Sinne durch die Beseitigung deren führender Schicht“ aus (siehe General Friderici, Juli 1939), sie erfaßte die Pläne zur Liquidierung des Protektorats durch seine Teilung und Eingliederung in die angrenzenden deutschen Gaue (Henlein, Juli 1940, genehmigt im Oktober des gleichen Jahres),

Neue Waffenstillstands-Initiative der PKK

Dokumentiert: Die Erklärung des PKK-Vorsitzenden Öcalan zum Waffenstillstand

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, rief in einer Sendung des kurdischen Fernseh senders MED-TV am 14. Dezember einen einseitigen Waffenstillstand mit der Türkei aus. In der Türkei ist diese Erklärung von zahlreichen Oppositionspolitikern, Gewerkschaftern und Menschenrecht lern begrüßt worden. In der BRD haben u.a. die Grünen und das „Komitee für Grundrechte“ aufgerufen, die Initiative der PKK für Fortschritte zu einer politischen Lösung des Kurdenkonflikts zu nutzen (siehe dazu die neue Ausgabe des „Kurdistan-Rundbriefs“). Hier die - aus Platzgründen nur um wenige Passagen zu den Wahlen in der Türkei gekürzte Erklärung Öcalans. (Zwischenüberschriften von der Red.) (rül)

Wenn die Parlamentswahlen in der Türkei eine Relevanz aufweisen sollen, wenn eine Lösung für die, für die bestehenden Probleme ursächliche Kurdenfrage zu finden ist, wenn wir von der Rolle der Politik sprechen wollen und diese statt des Krieges als zeitgenössische Lösung für die Konflikte anbieten, wenn tatsächlich zum einen für die militärische und ökonomische Ausweglosigkeit und zum anderen für die erkennbare Funktionslosigkeit der Politik der Terrorismus und die PKK verantwortlich gemacht werden, dann wollen wir hier bekunden, was es für uns heißt, Verantwortung zu übernehmen, um Schritte zu einer Lösung einzuleiten.

„... schätzen wir den Beschuß des Europaparlaments ...“

Insbesondere schätzen wir den Beschuß des Europaparlaments, in dem ausdrücklich die Türkei, die PKK und andere in Frage kommenden Kreise aufgefordert werden, durch Aufnahme von Gesprächen die Kurdenfrage zu lösen.

Damit dieser Beschuß seinen Zweck erfüllt, wollen wir unseren Teil der Verantwortung übernehmen und die seit längerem andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Parteien beenden und die für dringend befundene Phase des Waffenstillstandes bekräftigen.

Der von der Türkei geführte sinnlose Krieg schadet unseren Völkern. Dieser hat beiden Völkern ideelle und materielle Verluste zugefügt sowie den Weg für jegliche Entwicklungen verschlossen. Da dieser Krieg keine grundlegende Lösung für die Konflikte sein kann, möchten wir unseren guten Willen durch die von uns getroffene Entscheidung für den Waffenstillstand bekräftigen.

Jedoch möchten wir mit Nachdruck erklären, daß unser Schritt weder mit den winterlichen Bedingungen noch mit einer militärischen Schwäche unsererseits in Zusammenhang zu bringen ist. In Südkurdistan haben wir eine wesentliche militärische Entwicklung erreicht. In vielen Regionen Kurdistans konnten wir im strategischen Bereich sichere Guerillastützpunkte errichten. Wir sind in Südkurdistan die stärkste und in Nordkurdistan die einzige Guerillabewegung.

Der Waffenstillstand ist kein Zeichen von Schwäche

Keiner sollte daran Zweifel hegen. Auch politisch befinden wir uns nicht in einem Zerfallszustand. Wie im Beschuß des Europaparlaments zum Ausdruck kommt, befinden wir uns, durch unsere

Beziehungen zu vielen Ländern, auch im Nahen Osten in einer Phase des Erstarkens. Unsere Isolation, die beobachtigt war, haben wir durchbrochen.

Aufgrund des von ihr geführten Krieges ist die Türkei einem massiven Druck ausgesetzt. Nicht nur in ihrer Innenpolitik, auch in ihrer Außenpolitik befindet sie sich in einem Auflösungsprozeß. Bei einer realistischen Betrachtung der Türkei wird deutlich, daß ihre Innen- und Außenpolitik aufgrund der Kurdenfrage und der Menschenrechtslage nicht mehr funktioniert. Angesichts dieser Entwicklungen war es zwingend notwendig - auch zum Vorteil des türkischen Staates und Volkes - die Verkündung dieses politischen Schrittes nicht mehr weiter aufzuschieben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Wenn es gewollt ist, können wir das Jahr 1995 mit einer Beendigung des Krieges abschließen. In diesem Rahmen erklären wir, falls die türkische Armee ihre Angriffe mit dem Ziel unserer Vernichtung nicht fortsetzt, werden wir unsererseits weder in der Türkei noch in Kurdistan Angriffe durchführen. Dieser Entschluß tritt ab dem 15.12.95 mit einem einseitigen Waffenstillstand in Kraft.

Es ist daher notwendig, daß die türkischen Spezialkriegseinheiten und andere am Krieg beteiligte Kräfte einschließlich der Dorfschützer uns nicht mit der Absicht einer endgültigen Vernichtung angreifen. Halten diese sich an diese Bedingung, werden wir selbst von Angriffen Abstand nehmen. Andernfalls werden wir uns verteidigen und von unserem Recht der Ergreifung von Gegenmaßnahmen in verstärktem Maße Gebrauch machen.

Lassen sich von der türkischen Seite glaubhafte Bemühungen für die Begrenzung der militärischen Operationen verzeichnen, werden wir offensichtlich die Kontrolle über unsere Einheiten noch stärker ausüben, um diese Phase zu vertiefen.

Ich betone noch einmal mit Nachdruck, dieser Schritt ist kein Zeichen unserer Schwäche. Im Gegenteil: Er verdeutlicht einerseits unser Selbstvertrauen und andererseits den für uns primären Wunsch, einen Beitrag zur Beschleunigung des Prozesses für eine politische Lösung zu leisten. Insbesondere von den Parteien dieser Wahlphase und von der Öffentlichkeit erwarten wir, daß sie diese Sachlage genau bewerten. Doch wenn diese die Realität verzerrt, indem sie davon ausgehen, „die PKK ist geschwächt und am Ende, deshalb legt sie die Waffen nieder“, wird ihre bereits verheerende Lage sich nur noch weiter verschlimmern. Es sollte die Aufgabe eines jeden türkischen Staatsbürgers und Demokraten sein, einen Krieg, den einzigen Generäle und Personen zur Absicherung ihrer Macht sowie einige Kriegstreiber aus Gründen des Profits fortzuentwickeln, abzulehnen.

Duldet das Europaparlament den Krieg oder tritt es ihm entgegen?

Die Türkei ist nun Mitglied der europäischen Zollunion geworden. In Anbetracht dieser Gegebenheiten sollte das Europaparlament die Verantwortung für die von ihm übernommenen Aufgaben wahrnehmen. Infolge der türkischen Mitgliedschaft stellt sich die Frage, ob das Europaparlament den Krieg befürwortet oder nicht. Wenn das Europaparlament tatsächlich diesen Krieg ablehnt und glaubhaft ist bezüglich einer politischen Lösung und zu den

aus diesem Anlaß von ihm verabschiedeten Beschlüssen steht, dann müßte es tätig werden. Es dürfte nicht den Befürwortern des Spezialkrieges und einigen Bürokraten die Gelegenheit geben, die Türkei in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Sein politisches und wirtschaftliches Gewicht sollte es zu diesem Zweck nachdrücklich einsetzen. Die von ihm für die Türkei geleistete Unterstützung müßte von einer Demokratisierung abhängig gemacht werden. Falls das Europaparlament seine Hilfe an keine Bedingungen knüpft, wird jeder finanzielle Beitrag für die Türkei für den Krieg ausgegeben. Das Europaparlament sollte sich nicht für die Vorgehensweise der Türkei instrumentalisieren lassen. Aus diesem Grund sollte es für die weitere wirtschaftliche Unterstützung den Waffenstillstand zur Bedingung machen.

Die europäischen Staaten und insbesondere ihre Regierungen haben in diesem in-Kurdistan stattfindenden Krieg Partei ergripen. Wir sind in Kenntnis davon, daß vor allem Deutschland, England und Frankreich ununter Ausschluß der eigenen Öffentlichkeit die Türkei mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln unterstützen. Die Mitglieder des Europaparlaments strebten ursprünglich an, die Mitgliedschaft der Türkei von einer politischen Lösung der Kurdenfrage und einem Demokratisierungsprozeß abhängig zu machen. Jedoch konnten diesem dem Druck der eigenen Regierungen nicht standhalten und nahmen Abstand von ihrer Zielsetzung. Wenn das Europaparlament seine eigenen Grundprinzipien nicht verletzen möchte, so möchte ich seinen Mitgliedern folgendes übermitteln:

Die Türkei ist Mitglied der Zollunion geworden. Sie hält sich nicht an die Grundsätze der Menschenrechte und der Demokratie. Sie erkennt nicht einmal die Identität eines Volkes an, stattdessen setzt sich dieses Volk einem Völkermord aus. Nehmen Sie Partei für diese Regierung ein? Warum ist Ihre Unterstützung schrankenlos? Diese Fragen bedürfen einer Erklärung. Sie üben unter diesen Bedingungen durch die türkische Mitgliedschaft eine Kontrolle aus. Diese Tatsache bedeutet gleichzeitig, daß der Krieg in Kurdistan ebenfalls unter ihrer Kontrolle steht.

Künftig ist dieser Konflikt zu einer Angelegenheit zwischen uns und den europäischen Staaten geworden. Von diesen sollten wir nicht als schwach und hilflos bewertet werden. Des Weiteren ermahnen wir diese Staaten, diesen Krieg, in dem sie parteiisch sind, nicht wie bisher uns einseitig aufzuzwingen.

„Wir wollen keine Feindschaft mit Europa“

Wir wollen keine Feindschaft mit Europa. Allerdings sollte es dabei nicht versuchen, seinen eigenen Prinzipien und seinem Demokratieverständnis zu widerzuhandeln. Auch wenn für die europäischen Staaten die Türkei als Wirtschaftsmarkt von Bedeutung ist, sollten sie dennoch dabei nicht ein Volk, das einer Vernichtung ausgesetzt ist und das aller Rechte beraubt ist, vergessen. Das Interesse an den Menschenrechten sollte nicht hinter ökonomischen Interessen zurückstehen.

Sollte diesen Tatsachen weiterhin keine Bedeutung beigemessen werden, wird nicht nur der Fundamentalismus, sondern alle Völker des Mittleren Ostens, vor allem das kurdische, die eu-

ropäischen Interessen besser erkennen und künftig durch die von ihnen unternommenen Schritte Europa in Bedrängnis bringen. Das sollte nicht als eine Drohung aufgefaßt werden. Ein militaristisches Regime wie das türkische, das über Jahre hinweg die Völker der Gewalt ausgesetzt hat, darf nicht bedingungslos unterstützt werden. Sollten sie weiterhin diesem Regime im selben Ausmaß ihre Unterstützung gewähren, wird uns die Legitimation für notwendige Handlungen geschaffen und erhalten das Recht, unabhängige Entscheidungen zu treffen.

Im Falle einer Nichtbeantwortung des Waffenstillstandes sollte Europa wissen, daß die Türkei, die bislang als wirtschaftlicher Markt und zugleich als Paradies des Tourismus galt, in ein Inferno verwandelt wird. Wir erklären erneut: so, wie wir ernsthafte Pläne für den Frieden entwickeln, sind wir auch imstande, diese für einen Kampf auszuarbeiten.

Warum will die türkische Regierung keine politische Lösung?

Wir wissen, daß sich die Türkei in einer großen Krise befindet. Abgesehen von dem Aspekt, Verhandlungen mit „Terroristen“ aufzunehmen, ist die Frage entscheidend, ob die Türkei gewillt ist, für ihr auch international als grundlegend bewertetes Problem der Kurdenfrage eine politische Lösung herbeizuführen. Wenn ich ein „Terrorist“ bin oder die PKK „terroristisch“ ist, so gibt es andere kurdische Kreise, die nicht „terroristisch“ sind. Außerdem gibt es kurdische Persönlichkeiten, die mit dem „Terror“ nie in Verbindung standen. Weigert sich die Türkei, mit uns zu verhandeln, so hat sie die Möglichkeit, mit diesen in Verbindung zu treten. Wenn die Türkei nicht bereit ist, mit uns eine politische Lösung zu entwickeln, welchen Standpunkt hat sie dann gegenüber der Einleitung von Gesprächen mit den genannten Kreisen? Oder sind das auch „Terroristen“?

Da die vorgezogenen Wahlen in den harten Zeiten des Winters stattfinden, unterliegen diese in Kurdistan sehr schwierigen Bedingungen. Ein weiterer Punkt ist, daß nahezu drei Millionen Kurden aus ihren Wahlkreisen vertrieben worden sind. Von einem freien Willen des kurdischen Volkes kann daher keine Rede sein. Zudem ist der Zeitpunkt der Wahlen sehr bezeichnend. Wir waren dreimal Zeugen solcher Wahlen in den Jahren 1987, 1991 und zuletzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1995 gewesen, welche dem Volk aufgesetzt wurden. Diese fanden immer statt, wenn die Bevölkerung ihren Willen für Demokratie und gegen die Unterdrückung durch das Regime bekundet sowie seine Forderung nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage bekräftigt hat. Diese zeitliche Auswahl ist beabsichtigt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Eine Wahlbeteiligung unter dem Aspekt, die kurdischen Identität zu vertreten, ist im voraus verboten worden. Durch einige Abkommen und Blockbildung haben wir 1991 versucht, in einer indirekten Weise den Willen des kurdischen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Bekanntlich wurde die Präsenz der kurdischen Abgeordneten im türkischen Parlament nicht geduldet. Folglich stehen auch diese Wahlen in keinerlei Zusammenhang mit der Demokratie. Trotz dieser Tatsachen wollen wir durch den Waffenstillstand das türkische und das kurdische Volk

bei seiner Wahl für den Block für Arbeit, Frieden und Freiheit unterstützen, um das beabsichtigte Spiel zu entlarven und um das Feld nicht der Führung des Spezialkriegs zu überlassen. Unter günstigen Bedingungen hätte dieser Block eine noch stärkere Entwicklung gezeigt. (...)

Ich gehe nicht davon aus, daß diese militaristische Regierung unseren Aufruf zum Waffenstillstand mit einer positiven Einstellung beantworten wird. Wie ich auch des öfteren erwähnt habe, ist es nicht unser Ziel, diese Regierung zu solch einem Waffenstillstand zu bewegen. Zeigt sie eine Akzeptanz diesem gegenüber, so ist dies eine positive Entwicklung. Eine gegenteilige Haltung wird die derzeitige tiefe Krise in der Türkei aufgrund der Wahlen noch weiter verschärfen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt glaubt ein großer Teil der Bevölkerung keinen der an den Wahlen beteiligten Parteien und hat sich hinsichtlich seiner Wahl noch nicht entschieden. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, daß die türkische Öffentlichkeit die Realitäten mehr als zuvor erkennt. In diese Richtung geht unser Aufruf. Unsere Völker werden einem gewaltigen Spezialkrieg ausgesetzt. Tagtäglich werden diese Umstände durch die Beschuldigung des „Terrorismus“ verfälscht. Es ist sehr wichtig, unseren Standpunkt über eine Lösung der Kurdenfrage innerhalb der bestehenden türkischen Grenzen und mit demokratischen Mitteln in aller Öffentlichkeit darzulegen. Denn die Öffentlichkeit ist einer intensiven Manipulation durch die psychologische Kriegsführung ausgesetzt. Einige politische Parteien, wie die des Mesut Yilmaz, haben erklärt, auch wenn es nur dem Anschein nach ist, daß sie in dieser Frage eine neue Haltung einnehmen werden. Mesut Yilmaz drückt sich ähnlich wie Özal in seiner letzten Phase aus, innerhalb von vier Jahren die Kurdenfrage zu lösen. Obwohl Yilmaz Vergangenheit zu keinerlei Hoffnungen Anlaß gibt, können wir zum jetzigen Zeit-

punkt die Frage, ob er guten Willens ist, nicht ignorieren.

Sollte er aber die kurdische Frage nicht lösen, wird er wie vor vier Jahren eine Niederlage erleiden. Yilmaz sollte aus der Praxis der CHP und DYP (die beiden derzeit in der Türkei amtierenden Regierungsparteien, Anm. d. Red.) seine Konsequenzen ziehen. Die CHP versagte aufgrund ihrer doppelbödigen Politik in der Kurdenfrage. Die DYP befindet sich in einer ähnlichen Situation, weil sie mit Vehemenz auf ihrem militärischen Kurs beharrt.

„Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich offen zu artikulieren“

Wir verkünden diesen Aufruf auch mit der Absicht, die Öffentlichkeit in einer zehntägigen Vorbereitungsphase für die Wahlen über die Umstände zu informieren. Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich offen zu artikulieren und eine politische Lösung mit mehr Mut zum Ausdruck zu bringen.

Die internationale Dimension unseres Waffenstillstands ist unbedingt gegeben. Die USA, Europa u.a. verschiedene Länder haben einige Lösungsvorschläge in diesen Konflikt unterbreitet. Des

weiteren ist der Iran in der Region ein Machtfaktor und dabei, eine neue Kurdenpolitik zu gestalten. Die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung guter Beziehungen zu Rußland ist sehr hoch. In dieser Richtung haben uns bereits Aufrufe erreicht. Man bezeichnet uns immer noch bewußt als „terroristisch“. Wir möchten der Weltöffentlichkeit zeigen, wer die eigentlichen Terroristen sind, wer auf der politischen Lösung und dem Frieden, wer auf dem Krieg und den Massakern beharrt. All das weist auf die Entwicklung einer neuen Phase und auf die Herausbildung von einigen neuen Gleichgewichten auf dieser Basis hin.

Dieser Waffenstillstand ist keine Taktik, um nur den Tag zu retten. Auch wenn zweifelsohne unser Entschluß im allgemeinen Sinn als taktisch zu betrachten ist, ist dies dennoch eine wertvolle Vorgehensweise, um die Zukunft zu sichern, den Friedens- und Demokratisierungsprozeß sowie einer politischen Lösung den Weg zu ebnen. Wenn von uns immer wieder ein bedingungsloser und keine Lösung beinhaltender Waffenstillstand gefordert wird, so ist das eine unberechtigte Forderung. Wir werden uns nicht ergeben, werden aber auch nicht in eine Kriegshysterie verfallen.

len. Wir können den Krieg noch weiter verschärfen. Jedoch sind wir keineswegs Anbeter des Krieges. Zumindest muß aber die Gegenseite zum politischen Dialog bereit sein.

Wieso fürchtet man sich davor, mit uns zu verhandeln? Ich möchte in Gegenwart des Volkes unsere Ziele offenlegen. Wenn das Volk mich nicht akzeptiert, werde ich mich der Entscheidung des Volkes beugen. Wieso wird diese Sachlage ignoriert? Diejenigen, die auch nur ein wenig Demokratieverständnis besitzen, sollten dies ohne weiteres begreifen.

„Die Unterdrückung der Kurden schadet auch den Türken“

Alle ideellen und materiellen Reichtümer der Region können in den gemeinsamen Genuss unserer Völker gelangen. Die Unterdrückung des Kurden schadet auch dem Türk. Von der Leugnung der kurdischen Identität ist auch die türkische Bevölkerung betroffen. Das gemeinsame Zusammenleben der Völker und alle ihre gesamten historischen Reichtümer dürfen nicht für Kriegstreiber und Bürokraten geopfert werden. Quelle: „Kurdistan-Rundbrief“, 26/95



Die Wahlkampfkundgebungen der HADEP in Kurdistan waren vielfach große Demonstrationen für kurdische Forderungen. In Diyarbakir z.B. beteiligten sich an der Abschlußkundgebung der HADEP am 22. Dezember 100.000 Menschen. (Foto aus: „Özgür Politika“)

Schüssel gescheitert, leichter Dämpfer für Haider

Bei den Wahlen in Österreich gewann die SPÖ Stimmen, aber die Rechte drückt weiter

Die Sozialdemokraten sind mit Stimmen gewinnen von 3,4 Prozent ebenso deutlich wie unerwartet als Sieger aus den Parlamentswahlen am 17. Dezember hervorgegangen. Die konservative ÖVP hat ihr erklärtes Ziel, stärkste Partei zu werden, mit einem lediglich geringfügigen Zuwachs von 0,1 Prozent deutlich verfehlt. Die FPÖ, die getönt hatte, man werde jetzt stimmenmäßig mit der ÖVP und der SPÖ gleichziehen, hat zum ersten Mal seitdem Haider Parteivorsitzender ist, Verluste hinnehmen müssen (minus 0,7 Prozent). Eine endgültige Entscheidung über den künftigen Weg Österreichs ist mit diesem Wahlausgang jedoch nicht gefallen, sie ist wohl noch einmal vertagt worden.

Bei dieser Wahl stand mehr als nur die Zusammensetzung der künftigen Regierung zur Debatte, es ging um eine Richtungsentscheidung. Der Vorsitzende der Konservativen Volkspartei, Wolfgang Schüssel, hatte die Budgetverhandlungen zum Anlaß genommen, die Koalition mit der sozialdemokratischen SPÖ platzen zu lassen. Schüssel witterte die Chance, bei vorgezogenen Neuwahlen den amtierenden Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) ablösen und nach einem Wahlsieg der ÖVP selbst an dessen Stelle treten zu können. Die Konservativen wollen die Fesseln, die ihnen die Koalition mit den Sozialdemokraten vor allem im sozialpolitischen

Bereich anlegt, endlich abstreifen. Die ÖVP verfolgt das Ziel, die Budgetprobleme - es geht vor allem um den Abbau der hohen Staatsverschuldung - durch einen rabiaten Sozialabbau auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung zu lösen und gleichzeitig die Kapitalisten zu entlasten, indem Steuern gesenkt, Löhne gedrückt und Arbeitszeiten flexibilisiert werden. Diese „Reform des Sozialstaats“ hat man zwar auch schon in der großen Koalition in Angriff genommen, sie geht den Konservativen aufgrund des zwar oft halbherzigen, aber doch vorhandenen Widerstands der SPÖ jedoch viel zu langsam. Um seine Ziele durchzusetzen, war und ist Schüssel sogar bereit, eine Koalition mit der rechtsextremen FPÖ Jörg Haiders einzugehen, eine Absicht, die allerdings in der ÖVP nicht unumstritten ist.

Haider hat mit seinen zur Bewegung umgetauften „Freiheitlichen“ im Wahlkampf deutlich faschistische Akzente gesetzt. Offene, infame Hetze gegen die ausländische Bevölkerung und Flüchtlinge war einer der zentralen Punkte fast jeder Wahlveranstaltung Haiders, die Bekämpfung angeblicher „Sozialschmarotzer“ gehörte ebenso ins Wahlkampf-Repertoire wie eine Kampagne gegen kritische Intellektuelle („Lieben sie Scholten, Peymann, ... oder Kultur“). Die deutschen Themen hatten am Vorabend der Wahlen über einen kürzlichen Auftritt Haiders bei einem SS-Ve-

terantentreffen berichtet, wo er lobende Worte für alte Nazis fand. Kurz nach den Wahlen bekräftigte der FPÖ-Chef seine Ausführungen im österreichischen Fernsehen. Der Waffen-SS komme als Teil der Wehrmacht alle Ehre und Anerkennung zu. Daß die Waffen-SS bei den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisation aufgelöst wurde, interessiere ihn überhaupt nicht.

Der Wahlerfolg der SPÖ ist denn auch weniger auf die Attraktivität dieser Partei zurückzuführen, obwohl diese weit aus stärker als in den vergangenen Jahren die sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung in den Mittelpunkt ihres Wahlkampf gestellt hatte. Er ist das Ergebnis der breiten Ablehnung einer solchen „schwarz-blauen“ Koalition (blau ist die traditionelle FPÖ-Farbe). Das erklärt übrigens auch das schlechte Ergebnis der Grünen und der Sozialliberalen um Heide Schmidt, deren Verluste hauptsächlich den Sozialdemokraten zugute kamen. Auch die Tatsache, daß die SPÖ viele Nichtwähler mobilisierte konnte, deutet in diese Richtung.

Die bei einer Verbindung Schüssel-Haider zu erwartende Mischung aus katholisch-konservativer und faschistischer Politik wäre ja auch hochbrisant; ein Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte und Errungenchaften der österreichischen Gesellschaft ließe nicht lange auf sich warten.

Die Ausgangssituation hat sich nach dem 17. Dezember jedoch nur graduell verändert. Für eine Ampelkoalition aus SPÖ, Grünen und Sozialliberalen reicht es nicht. Die SPÖ muß also wieder in eine Koalition mit der ÖVP, will sie eine Regierungsmehrheit im Parlament zu stande bekommen. Vranitzky und Schüssel verhandelten bei Redaktionschluss über eine Neuauflage der rot-schwarzen Koalition. Obwohl eine große Wählermehrheit sie abgelehnt hat, ist eine ÖVP-FPÖ-Koalition rechnerisch nach wie vor möglich. Schüssel ging dementsprechend großmäulig in die Koalitionsverhandlungen und erklärte ein „mutiges“ Sanierungsprogramm (also Sozialabbau) zur Grundbedingung seiner Partei. Er warte, daß „die Einsicht Platz greift“.

Haider, der nicht zu Unrecht darauf verweisen konnte, daß sich seine „Bewegung“ trotz eines teilweise faschistischen Wahlkampfs und seines SS-Kameradenauftretts auf einem hohen Niveau von deutlich über 20 Prozent solidiert hat, gibt sich gelassen: er setzt darauf, daß eine Neuauflage der großen Koalition aufgrund der gravierenden Differenzen zwischen der SPÖ und der ÖVP nicht lange hält. Schafft er den Sprung zum Vizekanzler also nicht schon jetzt, erwartet er sich eine deutlich bessere Ausgangsposition, wenn das rot-schwarze Bündnis erneut platzen sollte. (jüg)

Frankreich: Der Kampf geht weiter

Regierung macht Zugeständnisse, aber nicht bei den Sozialversicherungsplänen

Am 21. Dezember hatte Ministerpräsident Juppé Gewerkschaften und Unternehmerverbände zum „Sozialgipfel“ eingeladen. Am selben Tag sind erneut Hunderttausende den Aufrufen der Gewerkschaften gefolgt und haben im ganzen Land gegen die Pläne der Regierung Juppé demonstriert. Der Regierung ist es im Verlauf der Streiks im öffentlichen Dienst nicht gelungen, die Streikenden zu isolieren oder die Solidarität zwischen den recht unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organisationen zu hintergehen. Umgekehrt ist es den Gewerkschaften nicht in nennenswertem Umfang gelungen, Beschäftigte aus der privaten Wirtschaft in die Streikbewegung einzubeziehen. Die

französischen Gewerkschaften verfügen über keine finanzielle Rücklagen für Streiks und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig mit weniger als zehn Prozent der Beschäftigten.

Juppé mußte, um die Streikbewegung einzudämmen, den Beschäftigten der staatlichen Eisenbahn SNCF zusichern, daß die bestehende Altersregelung vorerst nicht angetastet wird. Über die geplanten Entlassungen und Streckenstilllegungen soll neuerlich verhandelt werden. Die Beschäftigten der SNCF haben nach diesen Ankündigungen ihren Streik beendet bzw. ausgesetzt.

Konkrete Ergebnisse, die den Forderungen von Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen entgegenkommen,



brachte das Treffen am 21. Dezember nicht. Die Gewerkschaften und die Protestbewegung richten sich darauf ein, daß die Aktionen und Streiks im neuen Jahr wieder aufgenommen bzw. fortgesetzt werden müssen. Ohnehin sind angesichts der überwältigenden parlamentarischen Mehrheiten der Rechten keine anderen Möglichkeiten vorhanden, um die Regierungsvorhaben zu stoppen oder gar zu Fall zu bringen. Der Regierungschef vermied es auf dem Treffen, sich den Forderungen der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen zu stellen.

Juppé hat auf dem „Gipfel“ als „Reaktion“ auf die Streikbewegung stattdessen folgende Absichten angekündigt:

1. Die Regierung will Hemmnisse beseitigen, um Spareinlagen für die Ankurbelung des Konsums freizumachen.
2. Anreize zur Altbaumodernisierung und zum Wohnungsbau sollen die Konjunktur befördern.
3. Nach der Einführung neuer Sozialabgaben zum Jahresanfang 1996, zur Sanierung der Sozialversicherung vorgesehen, soll es einstweilen keine wei-

teren Steuererhöhungen geben.

4. Als „Zeichen der Hoffnung vor Weihnachten“ sollten sich alle Beteiligten verpflichten, bis Ende 1996 250.000 neue Arbeitsplätze für Berufsanfänger zu schaffen.

Und schließlich soll nach dem Willen des Ministerpräsidenten der öffentliche Dienst die Vorreiterrolle bei weiteren Arbeitszeitflexibilisierungen spielen.

Juppé hat mitgeteilt, daß er insbesondere an seinen Plänen zur Verstaatlichung der Sozialversicherung festhalten wird. Gerade dieses Vorhaben ist eine heftige Kritik gestoßen und hat die Sammlung des Widerstands in Streikaktionen und Demonstrationen beigetragen. Die Sozialversicherungen bedeuten für viele die wichtigste soziale Errungenschaft der französischen Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Kann sich Juppé in dieser Auseinandersetzung durchsetzen, hätte er neben der Privatisierung staatlicher Unternehmen einen weiterschwerwiegenden Einstieg geschafft zur konservativen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. (map)



Für 1996 und 1997 sieht er finanzielle Mehrbelastungen in Höhe von 114 Mrd. Francs vor, allein 82 Mrd. Francs durch neue oder höhere Abgaben für soziale Sicherung. Der Rest soll durch Leistungskürzungen erreicht werden. Fast 90 Prozent der gesamten Belastungen zahlen die Lohnabhängigen und Armen. Der „Plan Juppé“ ist Programm zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Senkung der Renten, zur Einschränkung der medizinischen Versorgung bei höheren Krankenbeiträgen, zur Besteuerung von staatlichen Familienunterstützungen und deren Kürzung.

Wie demagogisch die französische Rechte bei der Durchsetzung ihrer Maßnahmen vorgeht, zeigt z.B. die aktuelle Kampagne zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit: Balladur setzte 1993 gegen die Beschäftigten der privaten Wirtschaft durch, daß die Lebensarbeitszeit von 37,5 auf 40 Jahre verlängert wurde. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden danach umgehend zu „Privilegierten“ erklärt, denen ihr „Privileg“ jetzt genommen werden soll.

Um solche Maßnahmen fortsetzen zu können, will Juppé die Verwaltung der Sozialversicherungen unter die Fuchtel des Staates stellen. Das würde auch den gewerkschaftlichen Einfluß empfindlich treffen.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Juppés Ankündigung des Plans in der Nationalversammlung am 15. November 1995:

„Wir richten zuerst ein allgemeines Krankenversicherungswesen ein. Es bestehen aktuell neunzehn verschiedene, was eine Quelle der Ungleichheit, der Komplikationen und Mehrkosten ist. Ein allgemeines System eröffnet

das Recht auf dieselben Leistungen für alle, unter der Bedingung eines regulären Wohnsitzes in Frankreich. Es erlaubt, die Beitragszahlungen aller Kassen zu harmonisieren ... Es wird kein einheitliches System sein, denn es bleibt kompatibel mit der Organisation von Kassen auf Grundlage von Berufen. Aber es erlaubt eine drastische Vereinfachung der Beziehungen zwischen den Systemen und den Beitragsbedingungen. Es bringt die Garantie, daß die gesamte Bevölkerung effektiv durch eine Krankenversicherung geschützt wird. Mit einem Wort: Alle

Franzosen sind gut versorgt.

Im

Namen der Gerechtigkeit wollen wir zweitens die Gleichheit bei der Rente verbessern ... Neben den Grund- und den Ergänzungssystemen und um auf die Zukunft besser vorbereitet zu sein, favorisieren wir die Einrichtung einer Rentensparkasse. Das schließt die dazugehörigen finanziellen Bestimmungen ein: eine Reform der obligatorischen Beiträge, die die Regierung Ihnen am Anfang des nächsten Jahres vorschlagen wird.

Im Namen der Gerechtigkeit werden wir die Reform der verschiedenen Rentensysteme beginnen. Es handelt sich darum, die notwendigen Maßnahmen zum Ausgleich dieser Systeme zu präzisieren, insbesondere die Modalitäten für eine Verlängerung der Rentenbeitragszahlungen von 37,5 Jahren auf 40 Jahre, um eine Rente in voller Höhe zu erhalten.

Es handelt sich zweitens darum, die Schaffung einer Rentenkasse für die

Beschäftigten des öffentlichen Staatsdienstes anzugehen, wie bereits eine Kasse für die Beschäftigten der kommunalen Verwaltungen besteht. Das soll die Durchsichtigkeit des Systems bewirken. Ich werde ohne Verzug die Kommission zur Reform der Rentensysteme einsetzen, die mir innerhalb von vier Monaten die Maßnahmen in diese Richtung vorschlagen wird. So wird die Gleichheit der Franzosen bei der Rente Fortschritte machen.

Im Namen der Gerechtigkeit werden wir drittens unsere Anstrengungen verstärken, die Familienpolitik gerechter und wirkungsvoller zu gestalten. Die

Franzosen sind sensibel gegenüber Ungerechtigkeiten des Systems, das familiäre Unterstützung gewährt ohne die finanziellen Bedingungen zu berücksichtigen, ohne Steuern, nach einer Regelung, die die Familiengröße zur Grundlage macht. Eine Mehrheit der Öffentlichkeit hat sich davon abgewandt und wünscht ... eine Steuer auf die familiären Unterstützungsleistungen zu erheben ...

Das wird die Regierung 1997 mit einer Reform der Abgaben angehen. Das entbindet uns übrigens nicht davon, den Schwung für eine starke Politik für die Familien wieder in Gang zu setzen

... Im Namen der Gerechtigkeit unternehmen wir schließlich eine vierte Reform: die der Finanzierung der sozialen Sicherung. Jeder gibt zu, daß das derzeitige Finanzierungsmodell ungünstig für die Beschäftigung ist, weil die Abgaben auf den Beschäftigten lasten

und somit die allgemeinen Arbeitskosten in die Höhe treiben. Wir werden, um diesen schweren Mangel zu beheben, in drei Richtungen handeln:

- Reform der Sozialversicherung durch Stärkung der finanziellen Grundlagen;
- Umverteilung eines Teils der Krankenbeiträge der Beschäftigten, um dadurch die Sozialversicherung zu stärken;
- Reform der Beiträge der Unternehmen, deren Fundament vielfältiger gestaltet werden muß ...

Es handelt sich um eine Änderung der Strukturen zur Finanzierung der Sozialversicherung, sie wird sich natürlich in Etappen vollziehen und darauf abzielen, aus der Sozialversicherung eine voll und ganz auf Sozialbeiträgen beruhende Kasse zu machen.

... Die Regierung gibt sich nicht mit neuem Flickwerk an der Sozialversicherung zufrieden, sie will eine Reform, deren Wirkung anhält. Die vier Reformen, die ich vorstelle, bewirken schon selber eine strukturelle Änderung, eine Umverteilung ohne Beispiel in der Geschichte unserer sozialen Sicherung seit mehr als dreißig Jahren. Aber wir müssen weiter gehen. Man muß die Mechanismen in Gang setzen, die eine dauerhafte Gerechtigkeit des Systems sicherstellen. Und um das zu erreichen, gibt es nur ein Mittel: der Appell an die Verantwortung, die wie der Präsident der Republik anlässlich des 50. Geburtstages der Sozialversicherung betont hat, eines der Fundamente unserer sozialen Sicherung darstellt. Aber es reicht nicht, sich mit dem Wort Verantwortung zufrieden zu geben, es muß in den Alltag der Sozialversicherung eingeführt werden.“

Der „Plan Juppé“

Immer noch kein sicherer Frieden in Angola

Nach 30 Jahren Bürgerkrieg herrscht tiefes Mißtrauen Von Jochen Berger

Nach den von der UNO observierten Wahlen im September 1992 begann die heißeste Phase des fast schon dreißig Jahre währenden Bürgerkriegs zwischen der MPLA-Regierung und der Unita in Angola. In nur zwei Jahren Krieg kamen mehr als 300 000 Menschen (in den Jahren zuvor 30 000) um, dazu noch mehr als eine Million Verletzte, darunter viele Minenopfer, besonders in der Zivilbevölkerung. Über 1,5 Millionen Menschen verließen Angola. Fünf Provinzstädte wurden fast völlig zerstört, und viele Dörfer fielen in Schutt und Asche. Präsident dos Santos nannte eine Summe von über zwölf Milliarden materieller Schäden für das Land.

Am 29./30.9.1992 stimmten 53,74% der wahlberechtigten Bevölkerung für die MPLA, wodurch sie als Regierungspartei in das Parlament einzog, und auch ihr Präsidentschaftskandidat Jose Eduardo dos Santos erreichte mit 49,5% aller Stimmen zwar nicht die erforderlichen 50%, aber doch gegenüber dem Kandidaten der Unita Jonas Savimbi (40,07%) die Mehrheit. Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs bestätigte am 1. Oktober, daß die Wahlen unter UNO-Aufsicht frei und fair verlaufen seien.

Nur – mit diesem Wahlausgang hatte man national und international nicht gerechnet. In westlichen Ländern wurde Savimbi als kommender Präsident Angolas schon im voraus gefeiert. In der Regierungspartei und in der Armee brach Panik aus. Regierung, Staatssicherheit und Armee bereiteten sich auf den Abgang vor, was den Versuch einschloß, möglichst keine Spuren zu hinterlassen, Papier zu beseitigen oder sich gegebenenfalls auf die andere Seite zu orientieren. Verheerende Folgen hatte diese Annahme für die FAPLA (Forças Armadas Populares de Libertação Angolana – Angolanische Befreiungsarmee). In Übereinstimmung mit den Vereinbarungen von Bicesse (Mai 1991) wurde sie am 27.9.92, zwei Tage vor den Wahlen, so wie auch die Unita, formal für aufgelöst erklärt. Im Gegensatz zur Unita war sie zu 80% schon in die neue Armee FAA (Forças Armadas Angolanas – Angolanische Bewaffnete Kräfte) überführt worden. Soldaten wurden entlassen, Kriegsmaterial verkauft und Kasernen geräumt. Um Savimbi bei seinem Einzug in Luanda einen heißen Empfang zu bereiten, verteilte die Regierung einige tausend Handfeuerwaffen unter der zivilen Bevölkerung Luandas, die sich auch heute noch in deren Besitz befinden.

Die Unita und Savimbi, die das Wahlergebnis nicht akzeptieren wollten, verbreiteten die Mär des Wahlbetruges und der Fälschung. Die Generale der Unita verließen das gemeinsame Oberkommando der FAA in Luanda. Bewaffnete Auseinandersetzungen verstärkten sich, und die Unita besetzte strategisch wichtige Punkte im Lande, drang in größere Städte und Dörfer vor, verjagte die Regierungsvertreter und machte sich erneut zum Herren der ehemals dominierten Gebiete. Die Regierung wurde überrascht, und die Armee war nicht in der Lage zu reagieren. In der Folge nahm der Krieg an Heftigkeit zu, und die Regierungspartei, die versuchte, ihre Schwächen zu überwinden, attackierte die von der Unita eingenommenen Positionen. Die UN-Mission UNAVEM II, deren Beobachterstatus nachträglich zehnmal verlängert wurde, sah sich gezwungen, sich auf einige wenige Städte zu konzentrieren und über-

zehn Beobachterposten in den Kampfgebieten zu verlassen, was als schwerer Rückschlag für die bisherigen Friedensbemühungen der UNO zu bewerten war.

Die Systemkonfrontation war beendet und die UdSSR, die gemeinsam mit Kuba und anderen Ostblockländern führend die MPLA unterstützte hatte, politisch nicht mehr existent. Angola, zum Opfer der Systemauseinandersetzung geworden, verblieb weiter im Kriegszustand. Mit dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialmacht hatte in Angola die bewaffnete Auseinandersetzung rivalisierender Parteien und Gruppen begonnen. Die MPLA hatte ihre Macht durch die Unterstützung der zeitweilig bis auf 50 000 Mann aufgestockten kubanischen Truppen gesichert. Die Unita wurde politisch und militärisch vom Westen unterstützt. Das südafrikanische Apartheidregime, das gegen alle Völker des südlichen Afrika Krieg führte, intervenierte (zeitweilig zusammen mit Zaire) militärisch und führte offen Krieg gegen das angolanische Volk. Die innen-

rangolanische Auseinandersetzung wurde internationalisiert: Angola mußte sich am 11.11.1975 seine Unabhängigkeit teuer erwerben. Das Land wurde in den folgenden 20 Jahren in einen Kriegsschauplatz verwandelt, und nach Beendigung des Stellvertreterkrieges ist die Auseinandersetzung Regierung – Unita noch immer nicht mit einem Friedensvertrag beendet. Der Waffenstillstand ist nach wie vor nicht stabil, da die Rivalität auf politisch-diplomatischer Ebene fortgesetzt wird.

Erst 1994 gelang es, nach langen, schwierigen Verhandlungen zwischen Regierung und Unita, durch Vermittlung der UNO das Protokoll von Lusaka (20.11.1994) abzuschließen. Die Regierungstruppen hatten zu diesem Zeitpunkt die Unita aus wesentlichen strategischen Gebieten vertrieben und wichtige Gebiete (z.B. solche mit Diamantenvorkommen) zurückerobern. Beide Seiten verspürten, daß es keinen Sieger geben werde. Die Unita, seit 20 Jahren einen Guerillakrieg führend, war ihrerseits stark geschwächt, aber militärisch nicht besiegt, was es ihr immer wieder ermöglicht, die Regierung unter Druck zu setzen.

Das Lusaka-Protokoll sieht die Rückkehr der Regierungstruppe (FAA) in die Kasernen und die Kasernierung der Unita-Truppen (FALA), ihre Entwaffnung und Demobilisierung vor, wobei von beiden Seiten 20 000 Mann zu einer neuen Armee (FAA) zusammengeführt werden. Nach Abschluß dieser Phase wird eine gemeinsame Regierung gebildet, und es werden die Präsidentenwahlen wiederholt, da keiner der Kandidaten im September 1992 über 50% der Stimmen erreicht hatte.

Zur Sicherung und Verifizierung des Friedensprozesses beschloß der UN-Sicherheitsrat die UN Angolan Verification Mission – UNAVEM III. Ende Oktober 1995 waren in Angola rund 7000 Militär- und 350 Polizeibeamte eingesetzt. Schlußfolgernd aus der gescheiterten UNO-Mission 1992 sollen nun erst alle Voraussetzungen für die Demobilisierung der Unita und die Bildung einer einheitlichen angolanischen Armee FAA geschaffen werden, ehe man zur politischen Verwirklichung des Lusaka-Protokolls, der Aussöhnung und der Schaffung gemeinsamer Regierungsorgane übergeht.

Immer noch herrscht tiefes Mißtrauen zwischen beiden Seiten. Nach einem Jahr Lusaka-Protokoll sind kaum effektive Schritte für die Rücknahme der Regierungstruppen aus ihren Stellungen in die Kasernen und keine zur Kasernierung der Unita in den Konzentrationsräumen, für die 15 Camps ausgewählt und errichtet werden, getan worden. Im Gegenteil, beide Seiten beschuldigen sich beständig der Verletzung des Proto-



Auch weiterhin werden vor allem Kinder durch Minen verstimmt

plomatische Posten erhalten. Und – es gibt keinen rigorosen Zeitplan für die Verwirklichung des Protokolls, noch weniger für die erforderliche Nachwahl des Präsidenten. Setzt die Unita die Regierung beständig unter Druck, gewinnt sie Zeit und bessere Positionen am Verhandlungstisch. Savimbi hat Zeit. Diese Übergangsphase, in der keine politischen Entscheidungen über seine Rolle fallen werden, kann er nutzen, um sich aufzuwerten und seine Partei und Parteielite, die Jahre hindurch im Busch gelebt hat, auf normale Gleise zurückzuführen. Savimbis Platz wird erst durch ein noch abzuschließendes Friedensabkommen bestimmt werden.

Wenn jetzt die Unita-Delegation wieder an den Verhandlungstisch nach Luanda zurückkehrt ist, so war die Unterbrechung der Tätigkeit der Gemeinsamen Kommission Teil dieser Strategie. Gleichzeitig ist die Unita jedoch gezwungen, außerdem Druck nachzugeben, da sie international weitgehend isoliert ist. Alle wesentlichen westlichen Länder, besonders auch die USA, üben starken Druck auf beide Seiten aus, den Friedensprozeß voranzutreiben. Die UNAVEM-Truppen sollen dabei helfen.

Angola ist ein wichtiges Land zwischen Schwarz-Zentralafrika und dem Süden des Kontinents. Es ist reich an Bodenschätzen, und durch sein Gebiet führen wesentliche Verkehrsader Richtung Zaire (Benguela-Bahn). Wirtschaftlich befindet sich das Land in einer tiefen Krise, und mit einer hungrigen Bevölkerung, die immer wieder vor dem Krieg in die Nachbarländer ausweicht und diese belastet, stellt es einen Störfaktor dar, wenn es um die Ausweitung politischer und wirtschaftlicher Interessen geht. Angola, das sich durch seinen sozialistischen Versuch aus dem kapitalistischen Weltmarkt ausgespart hatte, soll nun wieder voll integriert werden. Solange das ehemalige Apartheidregime und die Savimbi-Unita gut waren, um Fortschritte auf diesem Wege zu verhindern, wurden sie allseitig vom Westen unterstützt. Jetzt wirkt Savimbi störend und ist lästig.

Aber auch der Westen muß mit den Realitäten leben, die ein zerstörtes und zerstrittenes Land zu bieten hat. Noch lange Zeit wird benötigt werden, um die Wirtschaft des Landes wieder aufzubauen und dem Volk genügend zu essen zu geben. Bei einer Inflation von 222,3% (Dezember 1993 bis August 1994) und einem Anstieg der Verbraucherpreise um ca. 70% (August 1994) wird es schwerfallen, schnell soziale Verbesserungen zu erreichen. Angola wird noch lange auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sein. Es wird lange dauern, ehe die rund acht Millionen Minen geräumt sind und die Bevölkerung nicht mehr terrorisieren. Es wird lange dauern, bis der angolanische Bauer wieder in Ruhe sein Feld bestellen kann. Aber auch die Geduld des Volkes ist einmal am Ende. Am 21. September 1995 erließ die Gewerkschaft einen Streikaufruf, der nur durch sofortige Zusagen der Regierung zur Erhöhung der Löhne und die Ausgabe von Lebensmitteln verhindert werden konnte. Tausende Menschen drängen nach Angola zurück. Luanda, die Hauptstadt, ist mit zwei Millionen Menschen vierfach überbesiedelt, und das Straßenbild wird von der allgemeinen Armut geprägt. Das Land braucht Ruhe und Frieden, nur – ob das, was getan wird, ausreicht, um dem Lande voranzuhelfen?

Radikal-Demonstration

Trotz allem eine erfolgreiche Demonstration

Rund 4700 Menschen aus Hamburg und der ganzen Bundesrepublik demonstrierten am 16.12. gegen die Staatsgewalt, die mit den Verfahren vom 13.6., der Verfolgung der Zeitschrift radikal mit dem § 129 die Unterdrückung linker Opposition ein weiteres Mal eskaliert und mit Repressionsmethoden aus der dunkelsten Zeit der KPD-Verfolgung verschärft hat. In der Demonstration, und das machte ihre eindeutige politische Stärke aus, kamen viele Momente der Gegenwehr zum Ausdruck – gegen Abschiebepolitik und Abschaffung des Asylrechts, gegen den Einsatz von Bundeswehr und Nato in Jugoslawien, gegen die Kurdenverfolgung, für die Freilassung aller politischen Gefangenen ...

Eben die Staatsgewalt, gegen deren Entfesselung demonstriert wurde, ließ von Anfang an wenig unversucht, die Demonstration zu unterbinden.

Auflagen, von der Polizei verhängt und gerichtlich bestätigt, sollten sie aus der belebten Innenstadt völlig heraushalten und in unbelebte Gebiete drängen, so daß die Vermittlung der politischen Forderungen – vor allem Einstellung der Verfahren vom 13.6. und Aufhebung der Haftbefehle sowie der §§ 129 und 129a – an die Öffentlichkeit extrem eingeschränkt und das Demonstrationsrecht bis zur Unkenntlichkeit verbogen wurde. Die aus der Innenbehörde sorgsam gefütterte Medienhetze erreichte unmittelbar zur Demonstration ihren ersten Höhepunkt. Sie legitimierte einen

Polizeieinsatz, wie ihn Hamburg lange nicht mehr gesehen hat: Einkesselung der Demonstration wie einen Gefangenentransport, schweres Gerät an masse, am Gänsemarkt tiefgestaffelte Polizeiketten vor acht Wasserwerfern und ungezählten Panzerwagen, Sperrung von Teilstrecken der U-Bahn-Linie 2, später dann in der Innenstadt alle paar Meter doppelte Polizeiketten, die Passanten den Weg versperrten, sie teilweise kontrollierten und willkürliche Festnahmen vornahmen ...

Das politische Ziel der Staatsaktion war nicht zu erkennen: die Demonstration sollte isoliert, ihre Ziele diskreditiert werden. Erfahrung zeigt, daß wie Verbote wirkende Auflagen und derart martialische Polizeieinsätze provozieren und das herausfordern, was vorgeblich verhindert werden soll. Daß die Demonstration diszipliniert agierte, ließ die Polizeiprovokation ins Leere laufen. Über die Ausrichtung

der Polizeiheerscharen gibt vielleicht die Äußerung eines bayerischen Polizeioffiziers Aufschluß, der auf die Frage, was sie so massenhaft in der Mönckebergstraße zu suchen hätten, freiheraus antwortete: „Wir fegen das linke Geocks von der Straße.“

Den Widerstand gegen die Repression von der Straße zu fegen, ist nicht gelungen, weder während der Demonstration noch in den Nachmittagstunden, als es etlichen hundert Demonstrierenden gelang, in kleinen oder größeren Gruppen doch noch in der Innenstadt zu protestieren. (scc)



Presseerklärung der PDS/Linke Liste Hamburg

1. Es gehört zum Selbstverständnis von demokratischen Sozialisten, die demokratischen Rechte, die Grund- und Menschenrechte aktiv zu verteidigen und sich vor diejenigen zu stellen, denen sie verwehrt werden oder die wegen ihrer Wahrnehmung verfolgt und mit Repressionen belegt werden. Die Geschichte der Linken verpflichtet uns dazu, die demokratischen Rechte aller Demokraten zu verteidigen.

2. Für die Demokratie lebensnotwendig sind das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht. Seit längerem wird es durch Ermittlungsverfahren nach §129 und 129a einzuschränken versucht. Immer wieder werden Menschen, die angeblich für die Zeitschrift „radikal“ arbeiten, strafrechtlich verfolgt. Seit dem 13.6.95 ist durch bundesweite Durchsuchungen und Verhaftungen eine neue Welle von Repression zu verzeichnen.

3. In Großstädten der BRD ist es üblich geworden, das Demonstrationsrecht zwar formal zu gewähren, aber durch Polizeikessel und massiven Polizeieinsatz – zeitweilig kommt auf jeden Demonstranten ein Polizist – unwirksam zu machen. Eine in bestimmten Teilen der Presse erzeugte Angst schafft ein Klima der Verunsicherung und der Hexenjagd.

4. Die Demonstration in Hamburg, organisiert von einem Bündnis verschiedenster Gruppen und Organisationen und unterstützt von der PDS/Linke Liste Hamburg sowie von GAL-Abgeordneten, wandte sich gegen die massiven Grundrechtseinschränkungen. Die rund 4.700 Demonstranten wurden begleitet von 4.092 Polizisten, darunter 2.000 aus anderen Bundesländern. Entgegen dem Rat der Hamburger Polizeiführung setzte sich der Innensenator durch, wegen des Weihnachtskommerzes in der Innenstadt mit massivem Polizeieinsatz eine Demonstrationsroute fernab der City durchzudrücken und diese demonstrationsfrei zu halten. Deeskala-

- naten, wandte sich gegen die massiven Grundrechtseinschränkungen. Die rund 4.700 Demonstranten wurden begleitet von 4.092 Polizisten, darunter 2.000 aus anderen Bundesländern. Entgegen dem Rat der Hamburger Polizeiführung setzte sich der Innensenator durch, wegen des Weihnachtskommerzes in der Innenstadt mit massivem Polizeieinsatz eine Demonstrationsroute fernab der City durchzudrücken und diese demonstrationsfrei zu halten. Deeskala-

5. Die PDS/Linke Liste fordert die Öffentlichkeit auf, die Behinderung des grundgesetzlich garantierten Demonstrationsrechtes durch den Hamburger Senat zurückzuweisen. Sie verwahrt sich dagegen, daß einzelne Demonstranten, die sich für die demokratischen Rechte einsetzen, von der Springer-Presse herausgegriffen und einer Hexenjagd ausgesetzt werden.

6. Die Verantwortung für das geschaffene Klima und die provozierten Auseinandersetzungen tragen die politisch Verantwortlichen für die massive Polizeipräsenz und die Absperrung der Innenstadt. Allen voran der Innensenator Wrocklage.

7. Demokratische Rechte sind unteilbar und stehen auch denen zu, die ihre Meinung radikal vertreten und eigenen Widerstand entwickeln. Dafür wird die PDS/Linke Liste Hamburg auch in Zukunft stehen.

Gegen das Vergessen

Frankfurt. Die VVN/BdA gibt in Zusammenarbeit mit Giuseppe Zambon und dem Staatlichen Museum Auschwitz ein Buch über das Vernichtungslager Auschwitz heraus. Es handelt sich um ein Zeugnis von den durch die Nazis im KZ Auschwitz-Birkenau durchgeführten Massenvernichtungen. Stellvertretend für die Millionen von Ermordeten sind hier die erkennungsdienstlichen Fotos von 636 Opfern veröffentlicht, deren Antlitz unmissverständlich die Merkmale der zutiefst verletzten Menschheit trägt. Aus dem Inhalt:

- * 636 Fotos mit erkennungsdienstlichen Daten der Häftlinge

- * Auszüge aus den Erinnerungen von Rudolf Höß (Kommandant in Auschwitz 1940 - 43)

- * Einführung in die Geschichte

- * Aufsatz von Peter Gingold über den Umgang mit Auschwitz im Nachkriegsdeutschland

- * Zahlreiche Fotos, die das allgemeine Lagerleben dokumentieren

- * Nachwort zum Thema „wie war Auschwitz möglich“ und über die Notwendigkeit, heute Widerstand zu leisten. Das Buch ist bei der VVN/BdA FFM, Tel/Fax: 069/59 70 52 4 erhältlich.

Ankündigung der VVN/BdA

Immer mehr PKK-Sympathisanten in Bremen

Bremen. Der neue Bremer Innensenator Ralf Bortscheller ist ein forschender Mann, und – nicht verwunderlich für einen Innensenator, der von seinen Polizeikräften ständig auf dem laufenden gehalten wird – ein Mann mit viel Durchblick. Bundesweit bekannt wurde er erstmals am 26. November, als er den kurdischen Verein „Hevalti“ als (wörtlich!) „Volkstanzgruppe zur Förderung der PKK“ verbot. Jetzt ist die Bremer „Sympathisantenszene“ dran. Am 20.12. berichtete der Berliner Tagesspiegel: „Bremens Innensenator Bortscheller (CDU) hat der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) und kirchlichen Medien vorgeworfen, mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu sympathisieren. Bortscheller, der das Kürzel PKK fälschlich mit Kommunistische Arbeiterpartei Kurdistans übersetzte, behauptete am Mittwoch, die Sympathisantenszene der PKK reiche bis in die Leitungsebene der BEK. Als Beleg nannte er vor allem eine kirchliche Tagung mit Bremer Politikern und Vertretern des Kurdischen Exilparlaments. Dabei sei offen für die PKK geworben worden.“

(aus Kurdistan-Rundbrief)



Bonn. Die Landesinnenminister können es nicht abwarten. Auf ihrer letzten Konferenz beschlossen sie, daß die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ab April 1996 abgeschoben werden sollen. Viele Flüchtlinge kündigen an, daß sie bleiben wollen, weil der Frieden von Dayton nicht sicher sei. (jöd)

Arbeitskreis Kirche

Unterstützung gegen staatliche Bevormundung

Schüler, Eltern und Lehrer, die sich gegen die staatliche Bevormundung, die in der gesetzlich vorgeschriebenen Anbringung von Kreuzen in Schulen liegt, wehren wollen, erhalten Unterstützung von dem Münchener Arbeitskreis „Kirche - Staat und Demokraten“.

Zu diesem Arbeitskreis haben sich Einzelpersonen der F.D.P., der GRÜNEN und Vertreter von Organisationen zusammengefunden, die sich für eine klare Trennung von Staat und Kirche einsetzen. Dazu gehören u.a. der Bund für Geistesfreiheit, die Freidenker, die Humanistische Union. Anlaß gab die staatlich-kirchliche Kampagne gegen das Bundesverfassungsgericht, das die bayerische Vorschrift, Kreuze in Klassenzimmern staatlicher Volksschulen anzubringen, als verfassungswidrig erklärt hatte.

Bernd Michl, Sprecher des Arbeitskreises: „Die Nichtchristen, deren Zahl immer größer wird, sehen indes voll Staunen und Empörung, was sich unter

dem Deckmantel von „christlicher“ Politik abspielt. Für viele steht das Kreuz als Symbol für die Mißachtung von Menschenrechten, für Zwang, Zerstörung und Völkermord – bis in unsere Zeit. Die jüdischen, muslimischen und alle anderen Mitbürger, die die Geschichte kennen, wissen, wovon sie sprechen. Auch bei Christen hat sich mittlerweile die Erkenntnis breit gemacht, daß mit Hilfe der Kruzifix-Diskussion ein Machtspiel inszeniert worden ist. Es ist an der Zeit, daß wir alle uns zur Wehr setzen gegen den staatlich-kirchlichen Machtanspruch, der auch im neuen Schulgesetz wieder seinen Ausdruck findet.“ Weitere Vorhaben sind u.a. die Ablösung der Vorrechte der Kirchen, insbesondere der staatlich verordnete Einzug der Kirchensteuer, die staatliche Finanzierung von Geistlichen und der Theologenausbildung, die Verbesserung des Arbeitsrechts in Sozialeinrichtungen mit kirchlicher Trägerschaft.

(aus Münchener Lokalberichte)

Kommunalwahl in Hannover

PDS/LL tritt zur Kommunalwahl an

Die Kreismitgliederversammlung der PDS/LL Hannover beschloß mit großer Mehrheit, im kommenden Jahr eigenständig mit einer offenen Liste als PDS/LL in Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover zur Kommunalwahl antreten. Mit dem Anstoß, „EXPO ab sagen oder neu abstimmen“ trat die PDS/LL Hannover in ein „Wespennest“. Noch immer ist Hannovers Einwohner schaft in der Frage Zustimmung oder Ablehnung der Weltausstellung EXPO 2000 gespalten. Der Trend geht jedoch zunehmend in Richtung einer deutlichen Mehrheit von AblehnerInnen des Großprojekts, da die vollmundigen Verprechungen von Bund, Land und Stadtverwaltung, es handele sich um ein „sozial verträgliches und ökologisch orientiertes Projekt“, nicht eingehalten

werden. Das hannoversche PDS-MdB Rolf Köhne wird auf Wunsch von Mitgliedern des neuen, breiten Anti-EXPO-Bündnisses mit seinen Bonner Parteikolleginnen auch im Parlament eine Ab sage der EXPO fordern. Das Thema EXPO 2000 steht bereits für Januar-Februar auf der Tagesordnung des Bundesstages. Die PDS/LL bietet Initiativen und anderen linken Gruppen sowohl die Möglichkeit der Kandidatur auf ihrer „offenen Liste“, wie auch die Mitsprache in der Gestaltung der programmatischen Aussagen an. Sollten auch andere linke Kräfte eigenständig kandidieren, gibt es nach Meinung der PDS/LL ein mögliches Bündnis in Form von „Zählgemeinschaften“.

(Pressemitteilung der PDS/LL Hannover, 8.12.95)

Bleiberecht in europäischem Land für die Familie Simsek

Augsburg. Als die Nachricht bekannt wurde, daß der bayerische Innenminister Beckstein die Haftbefehle gegen Fariz Simsek (29) und seine Frau Sahiye (20) aufgehoben hat, freuten und sorgten sich viele gleichzeitig. Becksteins Anweisung war ja nur eine Reaktion darauf, daß ein anderes europäisches Land dem verfolgten Kurden Fariz ein Bleiberecht gewährt und es so ermöglichte, daß seine Frau und die beiden kleinen Kinder nach achtmonatigem Kirchenasyl die katholische Pfarrei St. Raphael bei Augsburg am 20. Dezember verlassen und zu ihrem Vater eisen konnten. Die breite Solidaritätsbewegung hat der Familie helfen können.

Aber die deutsche Asylgesetzgebung und die unmenschlichen Linie der bay er Staatsregierung werden für neue Fälle sorgen. Deshalb setzen sich SPD und Grüne für eine Korrektur der Ausländergesetze und der Asylpolitik ein. Und die Sprecher der christlichen Kirchen appellieren erneut an den Gesetzgeber, „menschliche Lösungen“ zuzulassen. Bei der Staatsanwaltschaft Augsburg läuft gegen die Pfarrer der drei Kirchenasylgemeinden jetzt ein Verfahren

„wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz“. (baf)

Noch kein Termin wegen Todesschuß auf Halim Dener!

Im Verfahren gegen den Hannoveraner SEK-Beamten Klaus T. wegen des Todesschusses auf den 16-jährigen kurdischen Flüchtling Halim Dener (vor einem halben Jahr!) ist noch immer kein Termin für das Gerichtsverfahren festgelegt. Stattdessen lancierten Anfang Dezember haz und Welt am Sonntag Berichte über eine angebliche „politische Einflußnahme auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.“ Die niedersächsische Justizministerin und der Hannoveraner Oberbürgermeister sollen die „Täter“ sein. Der niedersächsische Staatsschutz bemüht sich derweil weiter um die Verbreitung wilder Gerüchte über die PKK, siehe die im August von ihm lancierten Meldungen über angebliche „PKK-Killerkommandos“. (rül)

Kita-Management vor dem Gemeinderat

Stuttgart. Die Kritik zum neuen Management in den Kindertagesstätten wur

Hinter den Kulissen

Geheime Pläne und eine „Strafanzeige“

Durch die Medien geistert es: „Opfer des Stalinismus“ haben den Direktor der Gedenkstätte Buchenwald wegen „Volksverhetzung“ angezeigt.

Nun, vorweg sei es gesagt, diese „Klage“ hat sowenig Substanz wie ähnliche Aktivitäten des sattsam bekannten Deckert. Aber die „Anklage“ hat einen Sinn: Sie soll ablenken von den Fakten, um die es tatsächlich geht. Die Medien sind den Herrschäften auf den Leim gegangen. Nennen wir nun die Fakten: Den Plänen des Direktors Knigge wurde ein Strich durch die Rechnung gemacht. Der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums Prof. Dr. Jäckel (Stuttgart): „Es könnte nicht sein, daß, während die Gedenkstätte für die Nazi-Opfer im einfachen Effektenbau untergebracht wird, den Internierten ein grandioses Kunstwerk errichtet werde“. (Thüringer Allgemeine, 2.12.95)

Ein grandioses Kunstwerk! Genau das hatten die ehemaligen KZ-Gefangenen Knigge vorgeworfen – er hat stur ge leugnet – bis ihn jetzt Professor Jäckel Lügen strafft.

880 Stelen (Grabmale) aus Stahl für die ehemaligen NS-Funktionäre hatte Knigge vorgeschenkt – jetzt muß er dar auf „verzichten“. (Thür. Landeszeitung, 6.12.95)

Der Europarat in Brüssel hat schon vor Jahren beschlossen, daß es keine Vermischung zwischen KZ-Gedenkstätten und den Internierungslagern von Faschisten und NS-Kollaborateuren geben darf (was in keinem Lande außer in Deutschland möglich wäre). Knigge fiel ein Trick ein: eine Brücke sollte vom ehemaligen Internierungslager in die Gedenkstätte führen. Auch darauf muß er nun „verzichten“.

Herr Knigge hat es fertiggebracht (auf wessen Kosten?) nach USA und Israel zu reisen, um dort „Verständnis“ für seine Pläne zu gewinnen. Wir wissen nicht, was man ihm dort gesagt hat – aber daß er bei dem Kongreß der französischen Buchenwälder deutliche Worte zu hören bekam, das wissen wir. Und dann wurden zu Knigges Pech auch noch die Ergebnisse der Nachprüfung in den Ar-



chiven bekannt: Die Internierten, die Knigge mit „einem grandiosen Kunstwerk“ ehren wollte, waren nicht etwa „verfolgte Sozialdemokraten“ und harmlose Jugendliche, sondern zu 80 Prozent aktive, organisierte Nazis!

So hatte die „Strafanzeige“ den Sinn, von all dem abzulenken; ja Herr Knigge erscheint nun in den Medien als der Mann, der den Nazis ein Dorn im Auge ist – weil er auf das „verzichtet“ (verzichten muß), was er in aller Stille vorbereitet hat.

Die enttäuschten „Opfer des Stalinismus“ wollen sich nun bei dem zuständigen Minister beschweren. Der, Dr. Schuchardt, ist Mitglied der SPD, also einer Partei, deren Mitglieder von den Nazis verfolgt, zum Teil ermordet wurden. Man kann gespannt auf das Ergebnis sein.

Das Internationale Buchenwald-Komitee jedenfalls wird nicht nachgeben im Kampf für die weltberühmte Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstands und gegen alle Pläne, sie zu diskreditieren.

Emil Carlebach

1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos

Europa Vorn ganz stolz – Hetze gegen Ausländer

Köln. Nach jahrelangen Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen Deutsche Liga und dem damaligen Republikaner-Chef Schönhuber kam es kürzlich zu einem ersten gemeinsamen öffentlichen Auftritt. Die neofaschistische Zeitung Europa Vorn berichtet in der neusten Ausgabe unter dem Titel „Aufbruchsstimmung im Rheinland“: „Es endete im politischen Phanal.“ Vor lauter Begeisterung wird auch gleich der Vorgang bildlich dokumentiert, wahrscheinlich für den Rechten, der's nicht glaubt.

Unter ihre „Pulheimer Erklärung“ sammelt die Liga weiterhin Unterschriften. Nicht gerade wenige Leute unterschreiben diese Erklärung. Ob diese Entwicklungen zu einer neuen rechten Sammlung führt, ist nicht auszuschließen.

Wichtig ist auch, daß die Deutsche Liga ihre Jugendzeitung „Hoppa“ wieder herausgegeben hat. Vielleicht wollen sie in ihrer „Aufbruchsstimmung“ das Blatt tatsächlich an den Schulen verteilen, wie sie großmäulig ankündigen. Den ausländerfeindlichen Artikel schreibt dann ein Kroate, das macht sich besser. (jöd)

CDU und SPD bereiten für 1996 einen Haushalt der sozialen Grausamkeiten in Berlin vor

24 Mrd. DM „Einsparungen“ bis 1999 / PDS-Fraktion legt ihre Haushaltsziele vor

Unmittelbar nachdem der Berliner SPD-Landesparteitag am 15. Dezember mit 163 zu 120 Stimmen einer Wiederauflage der Großen Koalition zugesimmt hat, haben CDU und SPD die Verhandlungen aufgenommen. Einziges Thema: die Haushaltskonsolidierung. 4,4 Mrd. DM müssen 1996, 24 Mrd. DM bis 1999 eingespart werden.

CDU und SPD: „Alles für die Metropole Berlin!“

Bis zuletzt hatte Finanzsenator Pieroth (CDU) die Haushaltsslage beschönigt, um den gemeinsam mit der SPD betriebenen Ausbau Berlins als Hauptstadt mittels Prestigeprojekten (Tiergarten-Tunnel, Reichstagumbau, sog. Kanzler-Bahnhof und Regierungs-U-Bahn, Transrapid u.a.m.) voranzutreiben. Nachdem das Ausmaß der Finanzkatastrophe sichtbar wurde, steht angeblich alles zur Disposition. In Wirklichkeit steht bereits fest: das Finanzloch soll ohne Steuererhöhungen für die Kapitalisten verkleinert werden.

Stattdessen stehen wie üblich Kürzungen im Personal- und Sozialbereich im Mittelpunkt der Diskussion. Weitere 18.000 (von derzeit 177.000) Stellen sollen bis 1999 abgebaut werden - 19.500 wurden seit 1990 bereits abgebaut. Erhöhung der Lehrerstundentafel, Streichung der Lehrmittelfreiheit, Vergrößerung der Kitagruppen, Kürzung von Zuschüssen an die Verfolgten des Nationalsozialismus und sogenannter „Doppeleistungen im Pflegebereich“ sind angekündigt. Nicht zuletzt soll die bisher politisch umstrittene Bezirksreform (Reduzierung der Berliner Bezirke von 23 auf 12) mithilfe des finanziellen Drucks durchgesetzt werden.

Gegen diese einseitige Haushaltskonsolidierung gibt es auf parlamentarischer Ebene mit Ausnahme der PDS recht wenig Kritik. Den Grünen gehen die Kürzungen noch nicht weit genug. Sie sehen die Fusion mit Brandenburg durch die hohe Verschuldung Berlins gefährdet.

Wir dokumentieren nachfolgend die Presseerklärung der PDS-Abgeordnetenhausfraktion. (har)

Dokumentiert: Die Kritik der PDS-Fraktion an der Haushaltspolitik des Berliner Senats

1 Angesichts der dramatischen Haushaltsslage ist eine Absenkung der Investitionen unumgänglich. Angesichts einer die Investitionssumme übersteigenden Nettoeuverschuldung muß diese Absenkung der Investitionen zur Reduzierung der Nettoeuverschuldung verwendet werden. Zugleich muß innerhalb des Investitionschaufalls eine Veränderung der Prioritätensetzung um Umschichtung weg von spektakulären Großprojekten („Kathedalenpolitik“) hin zur Sicherung des Grundbedarfs an Infrastruktur und Wohnraumversorgung erfolgen. (...)

2 Im Bereich der Verkehrsinvestitionen muß eine eindeutige Priorität zugunsten der Investitionen in den ÖPNV gesetzt werden. Rückgrat eines zukunftsträchtigen ÖPNVs muß der flächendeckende Ausbau der Straßenbahn sein. Da ein Kilometer Straßen-

bahn 15 bis 20 mal billiger als ein Kilometer U-Bahn ist (bei 80% der Beförderungsleistung), kann durch eine Umorientierung vom U-Bahn-Bau auf den Ausbau der Straßenbahn mit geringem Mitteleinsatz eine größere Verkehrsleistung angeboten werden. (...)

3 In der Wohnungsbaupolitik und Wohnungsbauförderung muß die Priorität von Wohnungsneubau auf die Bestandspolitik gelegt werden. Auch hier kann mit geringerem Mittelleinsatz in kürzerer Zeit ein größerer wohnungspolitischer Effekt erzielt werden. Wir treten deshalb für den Abbau des zweiten Förderweges und eine Ausweitung der Mittel für eine sozialverträgliche Instandsetzung und Modernisierung und Leerstandsbesitzigung ein. (...)

4 Die Einsparpotentiale im Personalbereich werden zur Zeit in der öffentlichen Diskussion überschätzt. Weder der anvisierte Abbau von 22.000 bis 25.000 Stellen im Laufe der nächsten Legislaturperiode noch die von CDU, SPD und Bündnisgrünen vertretene Einsparsumme von 1 Milliarde im Personalhaushalt für das Jahr 1996 kann als realistisch gelten - und ist obendrein arbeitsmarktpolitisch mehr als bedenklich. Einsparpotentiale sehen wir vor allem dort, wo reale Ausstattungsvorsprünge bestehen, wie im Polizeibereich mit einem Überhang von 7.000 Stellen gegenüber der Hamburger Polizeidichte. Weitere Spielräume können durch den Abbau von überflüssiger Bürokratie, Doppelzuständigkeiten im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffen werden. Zugleich gibt es im Öffentlichen Dienst nicht nur Ausstattungsvorsprünge, sondern auch Unterausstattungen - so zum Beispiel im Bereich der Sozialämter, aber auch der bezirklichen Bauplanungsämter. Hier kann nicht weiter eingespart werden, sondern hier muß Personal zu Lasten der Hauptverwaltung aufgestockt werden. (...)

5 Durch eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik muß die BVG aus dem Defizit herausgeföhrt werden. Dazu gehört neben den oben genannten Veränderungen der investiven Prioritäten auch kostensparende und die Attraktivität des ÖPNV erhöhende Maßnahmen zur Schaffung des Vorrangs für den ÖPNV im Verkehrsgeschehen (Vorrangshaltungen für Busse und Bahn, flächendeckendes Bussparnetz). Angesichts des Scheiterns des Parkraumbewirtschaftungskonzepts erneuern wir unsere Forderung nach einer Nahverkehrsabgabe - das Befahren des Bereiches im inneren S-Bahnring ist an den Besitz einer Umweltkarte zu koppeln. (...)

6 Im Bereich der konsumtiven Sachausgaben ist eine prozentuale Kürzung von ca. 10 Prozent denkbar. Berlin gibt zur Zeit ca. 5 Milliarden DM für Geschäftsbedarf, Geräte, Bücher, Zeitschriften, Betrieb von Fahrzeugen, Gutachten und so weiter aus. Durch ein effektives Raummanagement in der öffentlichen Verwaltung und die Absenkung der Standards bei öffentlichen Bauten sind weitere Einsparungen erzielbar. Durchforstet werden müssen die umfangreichen Finanzhilfen des Landes Berlin (Subventionen). (...)

7 Weitere Verbesserungen auf der Einnahmeseite können neben der oben schon genannten Nahverkehrsabgabe - durch eine Anhebung des zur Zeit konkurrenzlos niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes auf 400 Prozent erzielt werden (ca. 300 Millionen D-Mark Mehreinnahmen). Als Ersatz für die wegfallende Stellplatzabgabe ist eine Infrastrukturbagabegabe für Investoren einzuführen. Ein Beispiel für Einnahmeverbesserungen durch eine ökologisch orientierte Abgabenpolitik wäre die Einführung einer Verpackungsabgabe.

8 Wir wenden uns gegen eine weitere Verschleuderung des Berliner Tarifsilbers. Auf diese Weise werden lediglich kurzfristig Haushaltlöcher gestopft, aber nicht die notwendigen strukturellen Entlastungen geschaffen. Der Verkauf der BEWAG-Anteile wird von uns abgelehnt - er ist vor allem energiepolitisch unvertretbar. Ebenso wird es von uns keine Zustimmung zur Veräußerung des Wohnungsbestandes der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geben - dies ist wohnungs- und sozialpolitisch nicht vertretbar. (...)



8.000 bis 10.000 zumeist Studierende demonstrierten am 14.12. in Berlin gegen Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung. Mobilisierend wirkte vor allem der Beschuß des Bundeskabinetts, auf das BAFÖG-Darlehen Zinsen zu erheben. Aufgerufen hatte zur Demonstration ein breites Bündnis von insbesondere Jugendgruppen. (har)

WIPianer kämpfen um ihre Zukunft

200 Wissenschaftler protestierten am 13. Dezember vor dem sächsischen Landtag

Am 13.12.1995 demonstrierten vor dem Sächsischen Landtag in Dresden rund 200 im „WIP“ („Wissenschaftler-Integrationsprogramm“, darin sind frühere DDR-Wissenschaftler befristet angestellt, die nach der DDR-Annexion in ihren alten Stellen nicht weiter beschäftigt wurden) beschäftigte Wissenschaftler aus ganz Sachsen gegen die Untätigkeit der Landesregierung.

Nur 20 von insgesamt 284 in Sachsen tätigen „WIPianer“ haben nach dem Auslaufen des Programms am 31.12.1996 eine Zusicherung auf Weiterbeschäftigung. Dies entspricht der Lage aller WIPianer. Sollte sich die Bundesländer-Kommission nicht bald auf eine dauerhafte Weiterfinanzierung des Programms einigen, wäre das Scheitern der „Rückführung der Forschung an die Hochschulen“ - womit die Schließung der Akademien der DDR begründet und die Abwicklung von rund 25.000 Wissenschaftlern gerechtfertigt wurde - dokumentiert. Von den etwas mehr als 1.400 WIPianern können nur knapp 5% einigermaßen ruhig in die Zukunft blicken.

Im folgenden der gekürzte Aufruf der Leipziger WIPianer:

„Der Freistaat Sachsen steht in der Verantwortung, das 1991 vom Bundestag beschlossene Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) im Hochschul-Erneuerungs-Programm (HEP) in die Tat umzusetzen. Dazu sind zu-

sätzliche Stellen an den Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen zu schaffen und finanzielle Möglichkeiten zur Gründung von Instituten zu gewährleisten.“

In Leipzig wurden 119 Wissenschaftler und Techniker der ehemaligen Akademie der Wissenschaften und der Bauakademie 1994 entsprechend der Empfehlung des Wissenschaftsrates im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) befristet in die Universität Leipzig integriert. Sie bereichern und ergänzen in 8 Fakultäten Forschung und Lehre. Drei Viertel der WIP-Mitarbeiter wirken in den Fakultäten für Biowissenschaften, Pharmazie und Psychologie, für Chemie und Mineralogie sowie für Physik und Geowissenschaften.

Ein besonderes Merkmal vieler WIP-Gruppen ist ihre interdisziplinäre Zusammensetzung und Arbeitsweise... Im WIP an der Universität Leipzig wurde nicht nur, wie vom Wissenschaftsrat gewollt, Grundlagenforschung gesichert - im WIP befindet sich auch ein erhebliches technologisches Potential. Viele Forschungsgebiete können nur über das WIP erhalten werden ... 95% der Aktivitäten der WIP-Forscher werden fortan aus der Wissenschaftslandschaft Sachsen verschwinden. Der Landtag muß in der Lage sein, Lösungen zu finden, um diese krasse Zäsur zu vermeiden!“ (har)

MELDUNGEN AUS BETRIELEN UND GEWERKSCHAFTEN

Bayer-Konzern und Bitterfeld: Steuerzahler finanziert Übernahme

Bayer und viele andere Konzerne haben von der deutschen Einheit profitiert. Über eigene in die Treuhand-Anstalt entsandte Manager haben sie sichergestellt, daß die Filetstücke der ostdeutschen Wirtschaft reibungslos in die eigenen Konzernstrukturen eingepaßt und mißliebige Konkurrenz hundertprozentig vernichtet werden konnte. Das in Bitterfeld auf der grünen Wiese an der Grenze zu einem Naturschutzgebiet entstandene Bayer-Werk wurde zu wesentlichen Anteilen (ca. 40%) aus Steuermitteln errichtet.

Der Raubzug geht weiter: Auch die nun mit der Nachfolgeinstitution der Treuhand, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), ausgehandelte Übernahme des Ionen-Austauscher-Geschäftes in Bitterfeld wird, wie BVS-Chef Heinrich Hornef mitteilte, den Steuerzahler „nicht billig“ kommen.

Gute Karten auch für die Bayer-Tochter AGFA: Die ostdeutsche ORWO-Filmfabrik steht kurz vor dem Aus. Lediglich ein kleiner Bereich der Filmkonfektionierung soll weitergeführt werden. Damit geht das von Bayer in der Treuhand durchgesetzte Konzept der Liquidierung eines unliebsamen Konkurrenten auf.

(Aus Stichwort Bayer, Informationsdienst der Coordination gegen BAYER-Gefahren, Internationales Selbsthilfennetzwerk seit 1983. Adresse: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf)

Tarifvertrag gegen Entlassungen bei der Telekom: Respektables Ergebnis?

In den privatisierten Postbetrieben ist Personalabbau oberstes Unternehmensziel. Die Vernichtung von über 100000 Arbeitsplätzen läuft auf Hochtour, obwohl im Lande schon 7 Millionen fehlen. Der Tarifabschluß zum „Ausschluß betriebsbedingter Beendigungskündigungen“ schließt letztere bei der Telekom bis Ende 1997 aus und bringt noch einige Verbesserungen in Details. Daß er ohne Lohnverlust etc. (vgl. VW) möglich war, resultiert auch aus der Kampfkraft und -fähigkeit der PostlerInnen, die sich bei den 30-tägigen Warnstreiks 1994 zeigte. Voraussetzung dafür war auch, daß die PostlerInnen mit dem eigenen Kopf dachten, sich also nicht von der Unternehmerpropaganda einfangen ließen.

Seither verstärken die Generaldirektionen ihre Anstrengungen im Kampf um die Köpfe. Bei der Telekom mit dem „Monitor“ (BILD-Niveau), „Insider“ usw., mit Schulungen und Veranstaltungen, „gewürzt“ mit solch unfreiwillig komischen Einlagen wie dem Video „Ron Sommer im Gespräch“ ...

Die künftige Kampf- und Durchsetzungskraft der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) wird entscheidend davon beeinflußt werden, was diese dem ideo-logischen Trommelfeuer entgegenzusetzen haben wird. Bei aller Bedeutung für einzelne Beschäftigte bezüglich des Schutzes vor persönlichen Nachteilen durch die Arbeitsplatzvernichtung muß gesagt werden: wer von sozial-humanem Arbeitsplatzabbau oder ähnlichem spricht, versteht den Blick auf die Tatsache, daß bei 7 Millionen fehlenden Jobs jeder Arbeitsplatzabbau asozial ist.

Wenn die DPG jetzt mit der Telekom eine gemeinsame Erklärung abgibt,

nach der sie „aufgrund der Markt- und Wettbewerbssituation“ anerkennt, „daß auch Personalabbaumaßnahmen notwendig sind“, verwässert sie selbst den Erfolg des Tarifabschlusses. Muß denn nicht der Eindruck entstehen, sie habe vor der Kapitallogik kapituliert?

Die kapitalistische Integration der nationalen Wirtschaften in den Weltmarkt führt dazu, daß die Kapitalisten durch Druck auf Löhne, Arbeitszeitregelungen etc. für sich einem besseren Ausgangspunkt im Konkurrenzkampf schaffen wollen. Dabei hat sie der Wegfall der Systemkonkurrenz bei der Wahl ihrer Mittel enthemmt. Durch diese Entwicklung werden für die Gewerkschaften Spielräume innerhalb dieses Systems kleiner, vor allem dann, wenn sie das System selbst nicht mehr in Frage stellen. Vielen Gewerkschaftsmitgliedern fällt es zunehmend schwerer, die Notwendigkeit von Gewerkschaften zu erkennen, wenn deren Erklärungen, wie hier die der DPG, nicht mehr deutlich von denen des Kapitals zu unterscheiden sind. Gewerkschaften wurden gegründet, um die Konkurrenz der Arbeitenden untereinander auszuschalten. Da dies teilweise gelang, konnte die Lebenslage ihrer Mitglieder verbessert werden. Wenn diese grundlegende Erkenntnis aus fast 150 Jahren Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung sich in der gewerkschaftlichen Politik nicht mehr widerspiegelt, werden die Gewerkschaften nach dem Kampf um deren Köpfe auch noch viele ihrer Mitglieder verlieren.

(aus: DRUCKSACHE, Zeitung der DKP BG Post Darmstadt, CL)

Kritische AktionärInnen Daimler Benz fordern Lieferstop für Panzer- transporter in die Türkei!

Einen sofortigen Lieferstop der von der Daimler-Tochter Mercedes produzierten Zugmaschinen für türkische Panzertransporter fordert der Dachverband Kritischer AktionärInnen Daimler Benz (KAD) in Stuttgart.

Mit dem Export dieser Zugmaschinen mache sich Mercedes-Benz nach Ansicht des KAD zum „Helfershelfer der türkischen Militärs, da diese in die Lage versetzt werden, ihre Panzer noch flexibler gegen die Kurden einzusetzen.“

Laut KAD-Jurist Holger Rothbauer verstößt Daimler mit dieser Lieferung gegen „Geist und Buchstaben“ der konzernreinen Exportkontrollrichtlinie Nr. 5 vom 14.11.1993. Diese sieht ein Kontrollverfahren für Fahrzeuge vor, die „für militärische oder sonstige nicht-zivile Zwecke verwendet werden können“.

Angesichts der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in der Türkei sprächen die in der Konzernrichtlinie genannten „übergeordneten Aspekte dafür, von einem Geschäft Abstand zu nehmen, auch wenn dieses nach dem Gesetz zulässig wäre“.

Nach Informationen der Kritischen AktionärInnen Daimler Benz werden die im Mercedes-Benz-Werk Wörth hergestellten 500-PS-Zugmaschinen AS 3850 in Container verladen und per Schiff via Rotterdam oder Antwerpen in die Türkei gebracht. Bei Mercedes-Benz-Türk in Aksaray (einer 53prozentigen Daimler-Tochter) werden die Einzelteile zusammengebaut.

In diesem Jahr wurden bereits elf Zugmaschinen ausgeliefert. Weitere sechzig sollen laut Recherche des Dortmunder Büros für alternative Rüstungskontrolle in den nächsten Jahren folgen.

Paul Russmann, 14.12.95



Protestaktion der Gewerkschaft HBV vor dem Kaufhaus Hertie in Karlsruhe gegen die Änderung des Ladenschlußgesetzes.

Einstieg in die ertrags-abhängige Entlohnung

Siemens-Konzern verrechnet Tariferhöhung

Karlsruhe. Der Siemens-Konzern hat die tarifliche Vereinbarung zur Erhöhung des anteiligen 13. Monatslohnes von 50 auf 60 Prozent durch eine Anrechnung auf die jährliche Zahlung der sogenannten Erfolgsbeteiligung ausgehebelt. Bisher waren die Versuche des Betriebsrates erfolglos, diese Kürzung der Erfolgsbeteiligung wieder aufzuheben. Beispiele rechnungen ergeben, um welche Beträge es sich ungefähr handelt: zwischen 300 DM in den unteren Lohngruppen und 700 DM in höheren Gehaltsklassen.

Durch Veränderungen in der Produktions- und Arbeitsorganisation haben nicht unbeträchtliche Teile der Belegschaft weitere Lohnsenkungen hinnehmen müssen und zwar in Ausmaßen, die an die Anhebung der Tariflöhne vom Mai und November locker heranreichen. Die Forderung aus den Konzernetagen war, die bisherigen leistungsbzogenen Entlohnungssysteme zu beseitigen und „flächendeckend“ Zeitlohn einzuführen. Das hätte schwerwiegende Lohnneinbußen für Akkord- und Prämienlöhner zur Folge gehabt. Auch die getroffene Vereinbarung führt zu Lohnsenkungen, bis zu mehreren tausend Mark jährlich.

Die Vereinbarung orientiert sich an der Verdienstsicherung bei Abgruppierungen. Für die Akkord- und Prämienlöhner wird für 18 Monate ein Verdienstausfall gezahlt. Eingeführt wird statt der bisherigen Zulagensysteme eine individuelle zusätzliche Zulage, die jährlich neu beurteilt wird, und das sogenannte Gruppenergebnis, das nach den Stundenleistungen der Gruppe errechnet wird. Die Beurteilung über die sogenannte individuelle zusätzliche Zulage trifft der Vorgesetzte. Analog zur Leistungsbeurteilung aus dem Tarifvertrag sind hier ausdrücklich Beurteilungsmerkmale definiert und mit Werten versehen. Diese sollen die Arbeitskraft ausdrücklich für die Konzernziele mobilisieren. Stichworte dieser Beurteilungsbögen sind z.B.: 1. Betriebliches Zusammenwirken: Gruppenfähigkeit, Verantwortung, Informationsaustausch, Arbeitsdurchführung, Motivation. 2. Flexibilität, Arbeitseinstellung: Vielseitigkeit, Einsatzbereit-

schaft, Lernwilligkeit, Arbeitsverhalten, persönliche Entfaltung, Ausdauer. 3. Problemlösung: Problemlösungsfähigkeit, Initiative, Motivation. 4. Qualitätsverbesserung: Optimierung der Produktion, Ordnung und Sauberkeit. Für die individuelle Zulage werden – ähnlich der tariflichen Leistungszulage – Punkte vergeben. Danach richtet sich die Höhe der Zulage. Die zu vergebenen Punkte können individuell zwischen 1 und 16 schwanken, die Zulage beträgt zwischen 29 und stattlichen 471 DM monatlich.

Mit dem sogenannten Gruppenergebnis hat der Konzern einen Einstieg hin zur ertragsabhängigen Entlohnung erreicht. Das, was die IG Metall bisher noch – wenigstens in ihren Grundsätzen – abgelehnt hat, wird praktiziert. Beim Einstieg wird es nicht bleiben. Das Gruppenergebnis wird nach Arbeitsanfall und der erbrachten Leistung gezahlt und paßt die Beschäftigung im Zusammenwirken mit den Jahresarbeitszeitregelungen der Konjunktur im Konzern an. Regelungen, die den einzelnen Beschäftigten irgendwelche Einspruchsmöglichkeiten bei der Arbeitszeitplanung sichern würden, gibt es genauso wenig wie Kriterien, nach denen der Zulagenbeurteilung durch die Vorgesetzten z.B. widersprochen werden könnte. So wird zusehends aus der prognostizierten Zeit- oder sonstigen Souveränität die praktizierte Verfügbarkeit nach den Anforderungen aus dem Konzern.

Der Betriebsrat erhofft sich, mit diesen Vereinbarungen „Arbeitsplätze zu sichern“: „Somit ist ein Grundstein für eine zukünftige Entlohnung/Entgelt am Standort Karlsruhe gelegt. Das neue Entgelt gekoppelt mit der neuen Gleitzeit am Standort eröffnet die Möglichkeit, das System atmen zu lassen und so zu steuern, daß die Beschäftigten und die Firma Erfolge verbuchen können. Mit Augenmaß und Vernunft gehabt, erhoffen wir uns, am Standort Karlsruhe einen wichtigen Schritt zur Sicherung der Arbeitsplätze getan zu haben.“ (Aus Info für die MitarbeiterInnen der Siemens AG Karlsruhe der IG Metall).

Wer aber zweifelt daran, daß der Personalabbau fortgesetzt wird? – (H.H.)

Mercedes Benz im „Schwellenland“ Brasilien

Arbeitskreis Internationale Solidarität berichtet zum Thema „Brasilien bleibt in der Krise“ / Kämpfende Arbeiter in Brasilien erhalten Unterstützung

Der Arbeitskreis Internationale Solidarität des DGB Mannheim, der seit vielen Jahren enge Beziehungen zur brasilianischen Gewerkschaft CUT, und hier besonders zu den Automobilarbeitern der ABC-Region sowie zur Landlosenbewegung MST (Movimento Sem Terra) unterhält, berichtete im Gewerkschaftshaus zum Thema: „Brasilien bleibt in der Krise“.

Der vor einem Jahr gewählte Präsident Cardoso hält seine Wahlversprechen nicht ein weder für die Industriebeschäftigten noch für die Landlosen, die dringend auf eine nachhaltige Landreform warten. Stattdessen richteten gerade während Cardosos Deutschlandbesuchs die Banden der Großgrundbesitzer im Südwesten erneut ein Blutbad in einer Siedlung von Landbesetzern an.

Die folgende leicht überarbeitete und gekürzte Übertragung eines Teilmitschnitts der Veranstaltung gibt den Bericht über die Situation bei Mercedes Benz do Brasil wieder. Bemerkenswert ist, wie auch den brasilianischen Mercedes-Benz-Beschäftigten das hierzulande sattsam bekannte Hohe Lied der Konkurrenzfähigkeit vorgesungen wird. Die weltweiten Standortdebatten sollen sich gegenseitig hochschaukeln, damit die Profite weltweit sprudeln. (tht)

Seit drei Jahren Personalabbau

In den letzten drei Jahren ist die Belegschaft von Mercedes Benz in São Bernardo von gut 15000 auf 12000 Beschäftigte heruntergefahren worden; 3000 Arbeitsplätze sind vernichtet worden. Man kann sagen: ähnlich wie in Mannheim. Und von den 3000 betroffenen Leuten ist „niemand entlassen worden“; sie sind alle „freiwillig“ gegangen. So war das Verfahren in den letzten Jahren weltweit. Mercedes Benz bietet den Leuten einen „freiwilligen Abschied“ an gegen eine bestimmte Abfindung. Dann unterschreiben die Leute eben der Not gehorrend.

Die Ereignisse des 25. September

Am 25. September lesen die Kollegen morgens folgenden Aushang in ihrer Fabrik:

„An die Mitarbeiter des Werkes São Bernardo do Campo.

Da Strukturanpassungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf den internationalen Märkten unumgänglich sind, sieht sich das Unternehmen zum Abbau der Belegschaft gezwungen. Diese Entscheidung bedeutet den sofortigen Abbau von 450 Arbeitsplätzen im gewerblichen und 750 Stellen in den indirekten Bereichen des Werkes São Bernardo do Campo. Das Unternehmen vertraut darauf, durch Kostensenkungsmaßnahmen und den Kontinuierlichen Verbesserungsprozeß seine Wettbewerbsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können.“

Mercedes Benz do Brasil.“

Nach unseren Informationen geschah dann folgendes:

Die Werkleitung hat den Betriebsrat (die Fabrikkommission) und einige führende Gewerkschafter in ein Hotel eingeladen, um ihnen diesen Beschuß dort mitzuteilen. Nichts weiter. In den folgenden Tagen erschienen Listen, auf

denen die Leute sich wiedergefunden haben, die dann entlassen wurden: 1150 Leute in São Bernardo und 450 in Campinas. Das entspricht in beiden Fabriken etwa 10% der Gesamtbelegschaft. Die Leute auf diesen Listen sind über das gesamte Werk querbeet ausgesucht worden (bei den größeren Entlassungswellen 1989/90 standen auf diesen Listen vor allem „unangenehme Vertreter“ und „bösertige Gewerkschafter“). Das ganze muß wie eine Bombe eingeschlagen haben, weil es überhaupt keine Vorüberlegung mit der Fabrikkommission oder Gewerkschaft gegeben hat. Das wurde einfach so entschieden und sollte auch einfach so durchgeführt werden. Die brasilianischen Gewerkschafter sprechen in diesem Zusammenhang schlicht von einer „Exekution“. Es waren Kündigungen ohne jegliche sonstige Absicherung oder Abfindung wie sonst bei den „freiwilligen Kündigungen“. Es wurden nach unseren Informationen gerade einmal drei Monatslöhne weitergezahlt – und dann nichts mehr. Man fällt da nicht in ein sogenanntes soziales Netz, wo man durch Arbeitslosenunterstützung aufgefangen wird. Da ist nichts, auch keine ärztliche Versorgung. Totale Erwerbslosigkeit.

Totaler Streik

Die Belegschaft reagierte darauf, indem sie sofort in beiden Werken den totalen Streik ausgerufen und auch durchgeführt hat. Es ist sowohl im Angestelltenbereich wie auch im direkten Bereich eine Woche lang absolut nichts mehr gegangen. Außerdem hielten sie jegliche Art von Versammlungen ab, vor dem Tor oder im Gewerkschaftshaus; sie haben als größere Aktionen eine Stunde lang eine bedeutsame Autobahn besetzt. Sie haben mit den Familienangehörigen eine große Veranstaltung gemacht, die sehr großen Eindruck hinterlassen hat.

Die Gewerkschaft leistete auch viel Öffentlichkeitsarbeit. Die WeltPresse ist sehr schnell informiert worden. Wir wissen nicht ganz genau, wer das veranlaßt hat – jedenfalls hatte dpa sofort eine Nachricht über die Entlassungen bei Mercedes Benz. Öffentlichkeitsarbeit auch in dem Sinn, daß die Gewerkschafter in Brasilien ihre internationales Kontakte und die im weiteren nationalen Bereich ausgenutzt haben. Dabei wandten sie sich auch offiziell an die deutschen Gewerkschaften, an die IG Metall in Frankfurt und an den Gesamtbetriebsrat.

Sie wandten sich aber auch uns, so daß uns Faxe aus São Bernardo und Campinas ins Haus flatterten und auf diese Weise den Skandal bekannt gemacht haben.

Ergebnis

Diese gesamten Aktionen einschließlich Streik haben nach einer Woche auf uns noch nicht ganz bekannte Weise aufgehört. Am 3. und möglicherweise 4. Oktober muß noch gestreikt worden sein. Auch aus den Zeitungen, die sie täglich vor den Werkstoren verteilt haben und die sie uns mitgeschickt haben, ergeben sich noch keine präzisen Nachrichten. Wir haben aus der deutschen Presse erfahren, daß die Streiks beendet sind und daß die Leute wieder arbeiten.

Das Ergebnis dieses Streiks insgesamt und der Verhandlungen war:

Die Zahl der Entlassungen wurde nicht vermindert. Es wurden sogar mehr entlassen als vorher angekündigt. 1282 Leute wurden in São Bernardo entlassen und 600 in Campinas.

Die Entlassenen werden nun jedoch finanziell abgedeckt, indem die Betroffenen je nach Betriebszugehörigkeit vier bis acht Monatslöhne weiterbekommen. Auch das Gesundheitsprogramm wurde auf sechs Monate weiterverlängert und von den Entlassungslisten wurden einige eigentlich gar nicht kündbare Personen gestrichen.

Keulenschläge

Die brasilianischen Kollegen haben in ihrer Betriebszeitung einen wilden Kapitalisten mit Keule dargestellt, der auf etwas draufschlägt – ein Schlag mit der Keule für die Rausgeschmissenen und ein Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung.

Es werden ganz neue Töne angeschlagen. Dinge, die man in den vergangenen drei oder vier Jahren einfach erst mal miteinander überlegt hat, werden nun einfach vollzogen.

Das ganze ist natürlich auch ein Schlag gegen die, die drinbleiben. Nicht einfach nur dadurch, daß durch solch eine Entlassungswelle ungeheure Verängstigung unter den verbleibenden Kollegen um sich greift, sondern ganz praktisch hat sich dieser Keulenschlag vier Wochen später noch einmal wiederholt.

Abbau von Sozialleistungen

Die Fabrikkommission berichtet in ihrer Zeitung vom Oktober von einem weiteren Schlag: Am 25. Oktober kündigte die Leitung von Mercedes Benz an, daß sie eine ganze Reihe von Sozialleistungen einfach streichen werde. Beispiel:

- Sie hatte sich erst 1994 dazu durchgerungen, Urlaubsgeld in Höhe von 50% des Monatseinkommens zu bezahlen, ähnlich wie hier. Gesetzlich ist ein Drittel. Mercedes wird den übergesetzlichen Teil jetzt wieder streichen.

- 1990 hatte die Gewerkschaft einen sogenannten „strategischen Streik“ durchgeführt; 180 Leute stellten die Arbeit ein, so daß die ganze Fabrik lahmgelegt war. Die unmittelbar Streikenden bekamen damals natürlich kein Geld vom Werk, wohl aber hatte ein Arbeitsgericht entschieden, daß die anderen bezahlt werden müssen. Nun hat Mercedes das wieder ausgekramt und will den Leuten, die damals aufgrund des strategischen Streiks nicht arbeiten konnten, das Geld wieder abziehen.

- Sie werden die Essenspreise auf einen Schlag um 400%, die der Fremdfirmenarbeiter im Betrieb um 800% erhöhen. Das bedeutet, daß Fremdfirmenleute etwa ein Drittel bis ein Viertel von ihrem Lohn von vornherein abgezogen kriegen für Essen und Frühstück.

- Sie werden die Werkszubringerfahrten mit dem Omnibus reduzieren. Die etwa 1000 Fremdfirmenarbeiter dürfen diese von Mercedes Benz bereitgestellten Omnibusse überhaupt nicht mehr benutzen.

Schläge gegen die Fabrikkommission selber

In den letzten Wochen bekamen in drei oder vier Fällen Betriebsräte, Mitglie-

der der Tarifkommission, eine Ermahnung, weil sie innerhalb der Arbeitszeit Versammlungen an verschiedenen Stellen durchgeführt haben, um mit den Leuten zu diskutieren. Das darf nach Ansicht von Mercedes Benz nicht sein. Sie wollen Gewerkschaftsarbeiten nur außerhalb des Fabrikgeländes dulden.

Zusammenfassend sagen die Kollegen in ihrem Flugblatt: „Kehrt die Diktatur zurück? Noch vor einigen Jahren haben diese hier abgebildeten Herren geredet von Beteiligung, von der Modernisierung der Beziehungen von Arbeit und Kapital. Diese wollen das jetzt gar nicht mehr. Jetzt stellen sie einfach ihre Normen auf, und das erinnert uns sehr stark an die Zeit der Diktatur. Es gibt keinen Verhandlungstisch mehr, sondern es gibt Repression.“

Was haben wir bis jetzt unternommen?

Wir haben den Kreis der Personen, die wir kennen und denen internationale Solidarität ein Anliegen ist, über die Vorgänge informiert, auch die Freunde in den anderen Werken von Mercedes Benz hier in Deutschland.

Wir haben dem Gesamtbetriebsrat, seinem Vorsitzenden Karl Feuerstein, die Unterlagen gegeben. Wir haben das Gesamtbetriebsrats-Sekretariat in Stuttgart informiert, wir haben die IG-Metall-Vorstandssabteilung Internationales informiert. Das ist uns wichtig, damit sie entsprechend ihrer Funktion auch reagieren können.

Wir haben darüber hinaus versucht, in die Presse zu kommen, z.B. in die *taz*. Ferner haben wir an die brasilianische Gewerkschaft Solidaritätsbriefe und an die Geschäftsleitung Protestschreiben selbst geschrieben oder veranlaßt. Auch haben wir versucht finanzielle Unterstützung zu geben, so weit das möglich war.

Solidarität wird organisiert

Es war sehr wichtig, daß der Gesamtbetriebsrat in Gestalt von Karl Feuerstein sich sofort eingeschaltet hat und das Gespräch mit Herrn Gottschalk vom Mercedes-Benz-Vorstand, zuständig für Nutzfahrzeuge international, gesucht hat. Er schrieb einen Brief mit etwa folgendem Inhalt: Es kann nicht sein, daß Mercedes-Benz dort in Brasilien anders verfährt als hier in Deutschland; Aufforderung an den Vorstand, sich darum zu kümmern; falls Entlassungen nicht zu vermeiden sind, müssen sozialvertragliche Lösungen gefunden werden. Über die Reaktion der IG Metall haben wir noch keinen Kenntnisstand. Die Brasilianer haben sich inzwischen für die Solidarität bedankt und geschrieben: „Wir sollten ernsthafter über weitere, weltweite direkte Aktionen nachdenken, um dieses grausame Spiel der sogenannten Globalisierung der Wettbewerbsfähigkeit oder was auch immer zu stoppen.“

Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß die Auseinandersetzungen, die sie dort führen – wenn auch auf einem ganz anderen Niveau der Arbeitsbedingungen – genau die selben sind wie hier. Die Forderungen des Kapitals von Mercedes-Benz in den Kostensenkungsprogrammen dort gleichen fast genau in den Prozentsätzen den Programmen, mit denen wir hier konfrontiert werden.

Abhörbefugnisse nach Plan

Presseerklärung des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) e.V.

Zu den neu eingefügten Vorschriften im aktuellen Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes (TKG-E) erklären die Vorstandsmitglieder des FIfF, Ingo Ruhmann, Ute Bernhardt und Werner Moritz:

Neue Kosten für Telekommunikationsanbieter und ihre KundInnen sowie einen erneuten Eingriff in das informationale Selbstbestimmungsrecht führt die Bundesregierung im neuesten Entwurf des Telekommunikationsgesetzes (TKG-E) vom 24.11.95 ein.

Der neu eingefügte § 92a TKG-E verpflichtet alle Anbieter, auf ihre Kosten Kundendatenbanken zu führen, damit Name, Anschrift und Rufnummer aller KundInnen für einen automatischen Abruf per Computer zur Verfügung stehen. Auf Anforderung von Strafverfolgungsbehörden, Zollfahndungsamt, Verfassungsschutzbehörden, MAD und BND soll die noch zu schaffende Regulierungsbehörde die Daten abfragen und weitergeben. Der Dateizugriff muß so gestaltet werden, daß dem Anbieter die „Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen“. Die Regulierungsbehörde darf das Verfahren nur kontrollieren, „soweit hierzu ein besonderer Anlaß besteht“.

Auf diesem kleinen Umweg erhalten Sicherheitsbehörden Zugriff auf die Daten aller KundInnen jedes Telekommunikationsanbieters - juristisch ist es dabei gleichgültig, ob das die Telekom AG ist oder kleine private Mailboxbetreibende. Weil sie alle Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen sind, müssen sie den automatischen Zugriff auf die Daten gestatten und dies auch noch bezahlen. Wer dem nicht Folge leitet, soll zumindest gezwungen werden, einen Kundenstamm „bis zur Erfüllung der Vorschriften (...) nicht zu verändern“, in schweren Fällen wird der Betrieb ganz untersagt.

Als kleines Bonbon sollen gemäß dem ebenfalls neuen § 93a TKG-E dem BND und anderen Geheimdiensten, die mit H0-Aufgaben betraut sind, alle Informationen über die Dienstleistungen und die Telekommunikationsnetze und erst recht beabsichtigte Änderungen mitgeteilt werden. Auf diese Weise erhalten die Dienste exklusiv die organisatorischen und technischen Details der Telekommunikationsnetze und -dienste.

Die Lösung im § 92a TGK-Entwurf ist ausgesprochen listig. Die Sicherheitsbehörden fragen gesuchte Anschlüsse nach, die Regulierungsbehörde hat alle Anbieter nach der gewünschten Person bzw. Personengruppe zu durchsuchen. Damit vermeiden die Sicherheitsbehörden doppelten Ärger: Erstens sparen sie sich die Arbeit und



weitern den Ärger mit einer realen Superdatei aller Telekommunikations-KundInnen - die entsteht nur virtuell bei der Regulierungsbehörde bei jeder Anfrage. Die Regulierungsbehörde selbst ist nur ausnahmsweise zur Kontrolle befugt und damit lediglich ausführendes Organ einer Datenverarbeitung im Auftrag. Sie erhält die Anträge von den Sicherheitsbehörden ergütet.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ihre Pläne vollständig offen zu legen und den Abbau des Fernmeldegeheimnisses nicht weiter voranzutreiben. Schutzrechte unserer Verfassung auf dem Weg in die Informationsgesellschaft über Bord zu werfen, ist rechtsstaatlich nicht hinnehmbar!



CARL VON CLAUSEWITZ
Herrliches Werk
VOM KRIEGE
Auszgabe Auflage
mit einer historisch-theoretischen Würdigung
von Professor Dr. Werner Hülfrog

Achtes Buch	
Kapitel Einleitung	949
Absoluter und wirklicher Krieg	952
A. Innerer Zusammenhang des Krieges	956
B. Von der Größe des kriegerischen Zweckes und der Aanstrengung	960
Nähere Bestimmungen des kriegerischen Ziels	963
Niederwerfung des Feindes	975
Fortsetzung. Beschränktes Ziel	984
A. Einfluß des politischen Zweckes auf das kriegerische Ziel	987
B. Der Krieg ist ein Instrument der Politik	990
Beschränktes Ziel. Angriffskrieg	999
Beschränktes Ziel. Verteidigung	1003
Kriegsplan, wenn Niederwerfung des Feindes das Ziel ist	1009



Nur wer klare Begriffe hat, kann auch führen
Das Heer in der gegenwärtigen Sicherheitslage

Sandkastenspiele mit dem Frieden

Ein Kriegsplan im Entstehen

In der öffentlichen Meinung der BRD unterliegen alle mit der Außen- und Sicherheitspolitik zusammenhängenden Gegenstände einer Neubestimmung. Der neue Kurs nimmt die Nachbarn im Osten als deutsche Einflußsphäre wahr. Dabei scheinen zum ersten Mal in der katastrophoreichen Geschichte des deutschen Imperialismus die imperialistischen Konkurrenten Rückendeckung zu geben. Die neue expansive Politik muß legitimiert werden, sie muß entworfen und gemacht werden und sie muß militärisch abgestützt werden. Auf die Bühne treten theologisierende Politiker, politisierende Generale und wissenschaftlich räsonierende Schlächter.

Theologisierende Politik

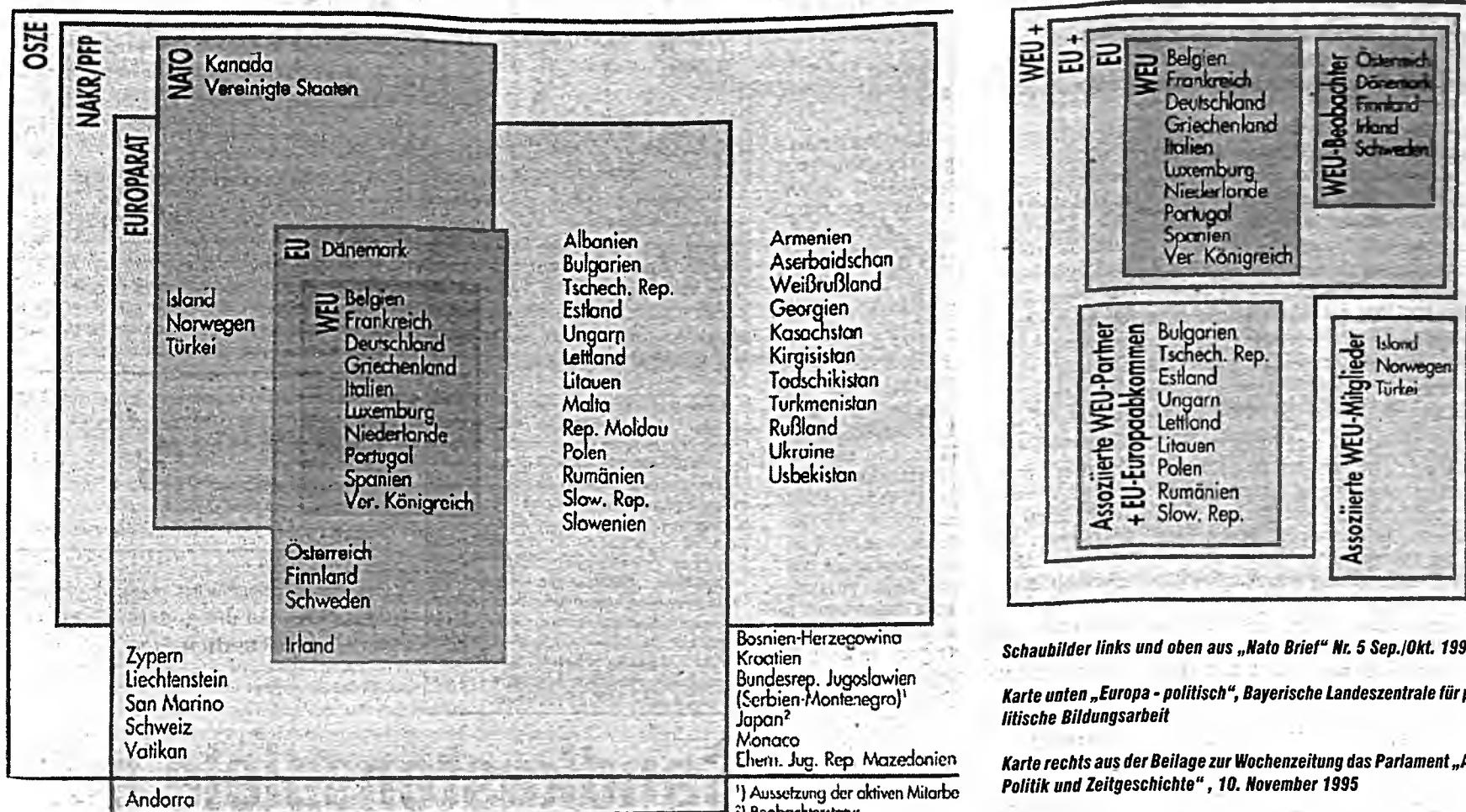
Mit dem Zerfall des realen Sozialismus entfiel auch das jahrzehntelang aufgebaute Feindbild der NATO. Da die Militärpolitik der BRD von Anfang an mit einer Bedrohung durch den Warschauer Pakt und seinen Kern, die Rote Armee der Sowjetunion begründet worden war, entstand eine Lücke in der Legitimation deutscher Rüstung. Diese Lücke wurde inzwischen geschlossen. Bundespräsident Roman Herzog, Schüler des Verfassungskommentators und heimlichen Faschistensyndikus Maunz, referierte die neue Doktrin letzten November vor den Kommandeuren der Bundeswehr einmal mehr: Herzog:

„Das Grundgesetz verpflichtet die deutsche Politik auf moralisch-ethische Maßstäbe. Es verpflichtet jeden Bürger und alle staatliche Gewalt auf den Schutz der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, die Grundlage jeder Gemeinschaft, die Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt sind. Es bestimmt auch den Zweck und den Auftrag unserer Streitkräfte und es begrenzt diesen nicht auf die Verteidigung

der nationalen Grenzen, so sorgfältig die Entscheidungen darüber auch bedacht werden müssen ... Gerade weil Deutsche in der jüngsten Geschichte militärische Gewalt in so schrecklicher Weise missbraucht — und übrigens auch erlitten — haben, ist unser Land besonders verpflichtet, sich im Rahmen der Völkergemeinschaft an der Wiederherstellung des Rechts zu beteiligen.“

In diesem Gedankengang faßt der Bundespräsident Recht nicht demokratisch, nicht als von Menschen getroffene Übereinkunft auf, sondern als vom Denken vorgefundenes Ideal, das zu erkennen, dem nachzueifern und dem schließlich und notfalls auch mit Gewalt zur Wirklichkeit zu helfen wäre. Das so aufgefaßte Recht hängt nicht mehr von irgendeiner menschlichen Gesetzgebung ab, es repräsentiert gegenüber menschlichem ein höheres Wesen, ist wie von einem Gott gegeben da. Gerade weil es als Ideal über allem menschlichen Treiben steht, kann das so vorgestellte Recht überall gelten, wird die abweichende Meinung Betroffener unerheblich und Widerstand gegen die Stiftung des rechtmäßigen Zustandes verbrecherisch.

Da der demokratische Konsens als Rechtsquelle wegfällt, bestimmt in der politischen Wirklichkeit das Durchsetzungsvermögen, das Gewaltpotential den Inhalt des Rechtsideals, das weit entfernt davon sich ewig selbst zu gleichen, aktuell formuliert wird. Die Herrschenden, die das kleine Deutschland mit gefährlicher Freiheit unter die großen Mächte rechnen, formulieren ihre schändigen Geschäftsabsichten als sittliches Ideal. So können sie den näheren und ferneren Nachbarn geballte Ladungen unverschämter Ansprüche vor die Haustüre oder auch über die Grenze werfen, ohne daß im eigenen deutschen Land der aggressive Charakter einer solchen Außenpolitik in der öffent-

Die Europäische Sicherheitsarchitektur

Schaubilder links und oben aus „Nato Brief“ Nr. 5 Sep./Okt. 1995

Karte unten „Europa - politisch“, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Karte rechts aus der Beilage zur Wochenzeitung das Parlament „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 10. November 1995

lichen Meinung auch nur thematisiert werden müßte; der Staat tut, was die Menschenrechte fordern und die Guten sind — ohne jede Frage — wir !

Politisierende Generalität

Die fundamentalistische Methode der Selbstlegitimation stößt an die Grenze ihres Leistungsvermögens, wenn die ausersehnen Anderen nicht so wollen, wie sie sollten. Hier muß sich der Diskurs verzweigen. In der breiten Öffentlichkeit geht es moralisch sittlich weiter. Der Feind wird verteufelt, rundum verneint und vernichtet. Was sind heute noch „die Serben“ in der öffentlichen Meinung Deutschlands? Was morgen „die Russen“? Ein Nichts! In der Realität allerdings ruft eine Politik der Ansprüche Gegenkräfte auf den Plan, die unsentimental abgewogen und eingeschätzt werden müssen.

So stellt zum Beispiel Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, letzten November vor dem sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU in einer von ihm so bezeichneten sicherheitspolitischen Gleichung folgende Konstanten fest:

„Die Bedrohungslage des Kalten Krieges ist überwunden. Unser Land ist von Verbündeten oder befreundeten Nationen umgeben. Sicherheit und Schutz der territorialen Integrität sowie der freiheitlich-demokratischen Lebensordnung sind gegenwärtig nicht mehr unmittelbar existentiell bedroht. Wir sind kein Frontstaat mehr und wir werden alles dafür tun, daß dieser Zustand nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir liegen derzeit nicht mehr in der Reichweite eines zu raumgreifenden Operationen befähigten Gegners, aber es wäre Bauen auf Hoffnung statt Fakten, dies als völlig irreversibel zu bezeichnen.“

In dem Satz „Wir sind kein Frontstaat mehr und wir werden alles dafür tun, daß dieser Zustand nicht mehr rückgängig gemacht werden kann“ steckt eine unerhörte, gegen den Osten gerichtete imperialistische Anmaßung des neuen Deutschlands. Die Nachbar-

werden dadurch nämlich zur Freundschaft: gezwungen! Es handelt sich leider auch nicht bloß um ein allgemeines Schwadronieren. Für das Denken des militärischen Führers, der für eine anmaßende Politik militärisch einzustehen hat, wird nämlich jede widerstandsfähige Macht zum möglichen Feind. Naumann in seiner Gleichung über Rußland:

„Aber auch das konventionelle Potential gilt es zu beachten. Rußland will rund 1,5 Millionen Mann im Frieden unter Waffen behalten. Dies ist zwar eine Projektionsfähigkeit, die nur nach langer Vorbereitung und nur in einer Rich-

tung zur Geltung gebracht werden kann, die Deutschland nicht mehr direkt erreichen kann, aber sehr wohl unsere östlichen europäischen Nachbarn oder die Flanken der NATO.

Für manche unserer Verbündeten und unsere Nachbarn im Osten ist daher die Frage nach wie vor Sicherheit *vor* Rußland, während wir, sicher im westlichen Lager stehend und mehr als 1000 km von Rußland entfernt es uns leisten können, Sicherheit *mit* Rußland anzustreben.

Wir haben daher die Gelassenheit anzuerkennen, daß Rußland wegen seiner unruhigen Grenzen im Süden und Osten starke Streitkräfte braucht. Aber

wir dürfen das vorhandene Potential nicht ignorieren, vor allem nicht die anhaltenden Bemühungen Rußlands um immer modernere Waffen. Wir müssen ein Gleichgewicht der Optionen erhalten, dies ist die Voraussetzung einer Politik wahrer Kooperation, einer Kooperation, die wir wollen. Auf dieser Basis können wir die Chance nutzen, Stabilität für ganz Europa zu erreichen und Sicherheit mit Rußland zu ermöglichen. Dieses Ziel kann Europa nur mit Deutschland erreichen, Verteidigungsfähigkeit zu erhalten ist daher Ausdruck deutscher Verantwortung für Europa.“

Wenn Naumann sagt, es werde „alles“ unternommen, damit Deutschland nicht wieder Frontstaat werde, diktiert er also gleichzeitig Rußland diese Situation zu und sagt auch etwas Knallhartes über die Bündnisfreiheit der dazwischen liegenden Staaten aus. Sie besteht aus seiner Sicht nämlich nur als Freiheit zur NATO. Deutschland hat keinen Feind? Kein Problem, wir machen uns erst einen, dann zwei, dann ...

Schlachthauswissenschaft

Sobald der Feind gemacht ist, hat die Militärwissenschaft ihre Aufgabe, denn jetzt muß eine Strategie her, ihn zu besiegen. Die Politik fordert den Erfolg, aber der Erfolg hat seinen Preis, das Militär erhält Forderungen und gibt Forderungen an die Diplomatie und die Wirtschaft zurück. Auf dieser Diskursebene kann der brutal aggressive Inhalt einer Politik nicht mehr bestritten werden, und wenn die Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen bleiben kann, so wird sie durch einen speziellen wissenschaftlich-technischen Jargon der Öffentlichkeit entzogen.

Im Septemberheft der „Europäischen Sicherheit“ setzt der Stabsabteilungsleiter im Führungsstab des Heeres, Brigadegeneral Christian Millotat eine geradezu chiffrierte Aussage ab. Was wird ein karrierebewußter Offiziersschüler oder Stabsoffizier tun, wenn er liest:

„Das Ziel, nach Möglichkeit mit einem groß angelegten Gegenangriff das operative Ziel zu erreichen, hat Clausewitz



in seinem Werk *Vom Kriege* im 9. Kapitel des VIII. Buches als konzentrischen Angriff, in unserem Sinne Gegenangriff, beschrieben.“

Der strebsame Soldat wird in die Truppenbücherei gehen, um in dem Werk aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachzuschlagen, was wohl gemeint ist. Einem schlchten Haudegen wird schon die vollständige Kapitelüberschrift die neue Richtung weisen. Sie lautet nämlich: „Kriegsplan, wenn Niederwerfung des Feindes das Ziel ist.“ Einige werden wohl auch weiterlesen und an Hand einer Vielzahl kriegsgeschichtlicher Beispiele — die an das zeitgenössische Publikum gerichtet waren — lernen, was es mit dem „konzentrischen Angriff“ auf sich hat. Unter einem konzentrischen Angriff wird ein getrenntes Vorgehen verbündeter oder verbundener Kräfte in Richtung der „Herzgrube“ des feindlichen Staates verstanden, der dadurch vollständig niedergeworfen werden kann. Allerdings steht dem großen Erfolg gegenüber, was Clausewitz die „schwache Form“ nennt. Einige Risiken tun sich auf:

Wer eine militärische Entscheidung sucht, tut gut daran, überlegene Kräfte auf einen Punkt zu konzentrieren. Wer sich zum konzentrischen Angriff aufstellt, riskiert, daß die einzelnen Angriffsstellen einzeln und nacheinander geschlagen werden. Verbündete Mächte haben Interessendifferenzen, besonders, wenn sie von der Gegenwehr des Angegriffenen unterschiedlich getroffen werden. Erfolgt der konzentrische Angriff auf weit auseinanderliegenden Linien, müssen die Verbindungen aufwendig gesichert werden. Im Voranschreiten des konzentrischen Angriffs wächst für eine Weile die Widerstandskraft des Angegriffenen, weil seine Kräfte auf immer engerem Raum konzentriert werden. Aber: Wenn er gelingt, führt der konzentrische Angriff zur vollständigen Niederwerfung des Feindes, der seine Streitkraft nirgendwo mehr anlehnen und nur noch bis zum Untergang kämpfen oder kapitulieren kann.

Die Probleme des strategischen konzentrischen Angriffs zeigten sich sehr drastisch im 2. Weltkrieg, so konnte der Gegenangriff auf das Nazireich erst geführt werden, nachdem in langen und verlustreichen Kämpfen die Verbindungslien der Alliierten durch Überlegenheit der See- und Luftmacht eingerissen sicher waren; der Fortschritt der konzentrisch angelegten Kräfte war quälend langsam; die politischen Ab-

stimmungsprobleme in der Antihitlerkoalition schwerwiegend; bis in die letzten Kriegsmonate hinein blieb den Faschisten ein Potential, das sie gezielt gegen die einzelnen Richtungen des Gegenangriffs, in Italien, in Frankreich, auf dem Balkan, im Osten usw. werfen konnten. Aber: Am Ende konnte sich die Militärmacht der Faschisten nirgendwo mehr anlehnen, stand die Anti-Hitler-Koalition überall und war die bedingungslose Kapitulation unabwendbar.

Rußland und der konzentrische „Gegen“angriff

Das Modell des strategischen konzentrischen Gegenangriffs, der kriegsplanmäßig, d.h. politisch und militärwirtschaftlich vorbereitet sein muß und sich nur lohnt, wenn die „Niederwerfung“ das Ziel ist, (nicht etwa die bloße Wahrung der eigenen Unabhängigkeit) wird gegenwärtig für Russland durchdiskutiert. Noch mal Millotat:

„Erstmals verfügt Deutschland über ein strategisches Vorfeld, das durch freundwillige Nationen gebildet wird, die anstreben, NATO-Mitglieder zu werden. Das führt aus rein militärischen Gründen zu Zeitgewinn für unsere Verteidigungsvorbereitungen.“

Es zeichnet sich ab, daß die in diesem strategischen Vorfeld liegenden Länder in absehbarer Zeit sicherheitspolitisch und auch militärisch mit NATO und Westeuropäischer Union verknüpft werden. Dies ist ein deutsches politisches Ziel. Unzweifelhaft ist, daß zur Verwirklichung des militärstrategischen Prinzips der Gegenkonzentration dem militärischen Führer der benötigte Raum zur Verfügung stehen muß. Sonst kommt er als entscheidender operativer Faktor neben den anderen Faktoren Kräfte, Zeit und Information nicht zur Geltung, weder bei der Krisenbewältigung, der Bündnisverteidigung auf Distanz außerhalb Deutschlands noch bei der Verteidigung deutschen Bodens.“

Alle diese Sandkastenspiele und chiffrierten Andeutungen wären halb so wild, wäre da nicht die konkrete Außenpolitik der BRD. Diese Außen- und Militärpriorität führt gegenwärtig unter Friedensbedingungen einen echten strategischen Aufmarsch durch, der im Endeffekt zu einer konzentrischen Aufstellung der Nato mit Angriffsrichtung



auf die politischen und wirtschaftlichen Zentren des heutigen Russland zeigt. Die NATO schafft sich mitten im erklärten Frieden die Fähigkeit, mehr oder weniger aus dem Stand heraus zum konzentrischen „Gegen“angriff auf Russland anzu treten. Durch dieses gigantische politisch-militärische Manöver wird in Europa eine neue Polarisierung erzwungen. Dreh- und Angelpunkt der neuen Polarisierung ist die deutsche Politik. Ausgerechnet die deutsche Militärdiskussion reklamiert eine NATO-Strategie, die es möglich machen würde Russland, nachdem man es in der Rolle des Rechts- und Friedensbrechers festgemacht laviert hat, militärisch „niederzuwerfen“.

Bündnis- und Rüstungspolitik sind dabei, die Bedingungen dieser Strategie zu schaffen, die als „europäische Sicherheitsarchitektur“ bezeichnet wird. Naumann in der bereits oben zitierten Ansprache:

„Es ist nicht vorstellbar, daß den neuen Mitgliedern der EU der Sicherheitsstatus versagt wird, den alte Mitglieder dank der NATO genießen. Die Öffnung der EU und die der NATO sind daher unauflösbar miteinander verknüpft und es ist allein deshalb nur logische Konsequenz, wenn wir als langfristiges Ziel die Kongruenz der Mitgliedschaften in NATO und EU anstreben.“

Die Schaubilder und Karten zeigen, was eine Eingliederung der bisherigen

„Neutralen“ Österreich, Finnland und Schweden bewirken würde. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß dann mit gelungener Auslösung der serbischen Unabhängigkeit und Verwandlung des Landes in eine „freundwillige Macht“ von Norwegen bis zur Türkei ein Halbrund entstünde, in dessen Brennpunkt Russland läge, dem mit jedem weiteren Beitritt, (nahe ins Auge gefaßt sind Polen, Tschechien, Ungarn) schärfer eingehetzt werden könnte.

Bei den östlichen Nachbarn stößt die Politik der Polarisierung durchaus nicht auf den ungeeigneten Zuspruch, der durch die BRD-Publizistik vorgespielt wird. Weit verbreitet ist die Ansicht, daß gleichberechtigte Zusammenarbeit in der OSZE der Ausgangspunkt für die Organisation des Zusammenlebens in Europa sein könnte. (ma)

Quellen:

Rede von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 15. November 1995

Rede des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Klaus Naumann im Rahmen des Kongresses zum Generalthema „Sicherheit garantiert Zukunft“ des Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, 18.11.95 in München

Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Ferd. Dümmlers Verlag Bonn, 1973

Christian Millotat, Nur wer klare Begriffe hat, kann auch führen. Das Heer in der gegenwärtigen Sicherheitslage. In: Europäische Sicherheit Nr. 9, 44. Jg., September 1995.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion/Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzei-

tungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt. Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin,

Tel. 030 / 6 94 92 57, Fax: 030 / 6 94 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg,

Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 05 11 / 3 52 08 16.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,

Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München,

Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,

Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart,

Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 62 15 32.

Abbestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Halbjahres-/ Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
- Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)
- Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzu buchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bankunterschrift)

Das Märchen vom letzten Gedanken

**Ein historischer Roman aus dem Kaukasus – Leseempfehlung
eines Buchs von Edgar Hilsenrath**

Der 1989 erschienene „historische Roman aus dem Kaukasus“ „Das Märchen vom letzten Gedanken“ von Edgar Hilsenrath verblüfft beim Lesen durch seine Aktualität. Thema des Romans ist die Vertreibung und systematische Ausrottung der Armenier in der Türkei Anfang dieses Jahrhunderts. Die türkische offizielle Geschichtsschreibung, die bis heute das Verbrechen am armenischen Volk leugnet, bastelt gegenwärtig an den Theorien, die die Verfolgung, Unterdrückung und wieder auch die Ausrottung der kurdischen Menschen rechtfertigen sollen; und gerade deswegen liest sich der Roman in weiten Teilen als - mögliche - Gegenwartsschilderung. Die Vorstellung dessen, was in Kurdistan seitens der türkischen Regierung und Armee, aufgerüstet durch Waffen und unterstützt vom militärischen Ausbildern und Beratern aus Deutschland, geschieht, wird durch das Lesen des hier vorgestellten Romans konkreter und faßbarer.

Schon die Idee, den Blick zurück in die Geschichte des armenischen Volkes als Dialog eines sterbenden Menschen mit dem „Märchenerzähler in seinem Kopf“ zu gestalten, fasziniert immer wieder.

„Ich bin der Märchenerzähler in deinem Kopf. Nenne mich Meddah. Und nun sei ganz still, Thovma Khatisan. Ganz still. Denn es dauert nicht mehr lange. Bald ist es soweit. Und dann ... wenn deine Lichter allmählich ausgehen ... werde ich dir ein Märchen erzählen.“

„Was für ein Märchen, Meddah?“

„Das Märchen vom letzten Gedanken. Ich werde zu dir sagen: Es war einmal ein letzter Gedanke. Der saß im letzten Angstschrei und hatte sich dort versteckt.“

„Warum, Meddah?“

„....Der hatte sich dort versteckt, um mit dem letzten Angstschrei ins Freie zu segeln ... durch deinen sperrweit aufgespannten Mund.“

„Wohin, Meddah?“

„Nach Hayastan.“ (was in armenisch Armenien bedeutet) (S. 5)

Der Roman erzählt die Geschichte des Vaters dieses Thovma Khatisan, Wartan. Thovma wurde 1915 in einer Frauengruppe geboren, die von türkischen Wachmannschaften im Zuge der sogenannten „Umsiedlungen der armenischen Bevölkerung“ in den sicheren Tod geführt wurde.

Das war der Zeitpunkt, wo sich in der Türkei die Strömung des „Türkentums“ durchgesetzt hatte. Mit dem Kriegsbeitritt sollten die Träume von der Restauration der alten osmanisch-türkischen Macht verwirklicht werden. Der Herrenmensch - in diesem Falle türkischer Art - setzte alles daran, die von ihm zum Untermenschen erklärten an-

deren Völker zu vernichten. Opfer dieser pantürkischen Ideologie waren zuerst das Volk von Pontus und die griechische Minderheit in Westanatolien. Nach diesen Völkermorden erfolgten zwei weitere, die diese in ihrer Dimension um ein Vielfaches überstiegen, nämlich an den Armeniern und an den Kurden. Von 1914 bis 1916 wurden 1,5 Millionen Armenier in einem bestialischen Massenmord dahingemetzt. Im eigentlichen Land der Armenier lebt heute nur noch eine Minderheit von einigen Hunderttausend. Etwa zur selben Zeit wurde mit ähnlichen Methoden unter den Kurden gewütet und gleichzeitig Kurden gegen Armenier und Kurden gegen Kurden gehetzt.

Dieser geschichtliche Hintergrund kommt in Hilsenraths Roman voll zum Tragen. Da versucht der Müdir Bey (Poizeichef bzw. Statthalter) von Bakir dem armenischen Bauern Wartan Khatisan, den man sofort als harmlosen Menschen erkennt, nachzuweisen, daß er Teilnehmer einer armenischen Weltverschwörung sei, die Produkt der pantürkischen Ideologie war und zugleich als Vorwand für den Völkermord an den Armeniern herhalten sollte. Wartan soll ein Geständnis abliefern, daß er den Prinzenmord in Sarajevo begangen habe, um somit den Ersten Weltkrieg auszulösen.

Die Armenier sitzen überall, sagte der Müdir, wo das Böse am Rad der Weltgeschichte dreht. Alle Hebel sind in ihren Händen.

- Davon wußte ich nichts, Müdir Bey.
- Und das Schlimmste ist: sie wollen uns Türken einen Strick drehen.
- Davon weiß ich nichts, Müdir Bey.
- Es gibt eine armenische Weltverschwörung, sagte der Müdir. Sie sind die wirklichen Drahtzieher dieses Krieges. Ihr Endziel ist die Vernichtung der Menschheit. Aber zuerst wollen sie uns Türken schaden. Und deshalb haben sie diesen Krieg geplant. (S. 98)

Die deutschen Militärberater, Offiziere und militärischen Ausbilder gehören zur türkischen Machinerie, es wird deutlich, daß sie mit Waffen, Geld und Interessen die jungtürkische Bewegung unterstützen und dies als Teil ihres Kalküls betrachten.

- Ich habe gestern mit dem deutschen Konsul gesprochen, sagte der Major (ein deutscher Major, Ann.d. Verf.).
- Wegen der Armenier?
- Wegen der Hinrichtungen und der vielen Verhaftungen.
- Was hat der Konsul gesagt?
- Er hat bereits Berlin benachrichtigt und sich dort an höchster Stelle beschwert. Aber dort weiß man seit langem Bescheid.
- Könnte der Kaiser nicht etwas unter-

nehmen, um diesen vielen Verhaftungen und Hinrichtungen Einhalt zu gebieten?

- Der Kaiser mischt sich hier nicht ein. Außerdem: es ist Krieg. Verhaftungen sind überall an der Tagesordnung.

- Und Hinrichtungen.

- Die auch.

- Aber doch nicht in diesem Umfang.

- Da haben Sie recht. Nicht in diesem Umfang.

- Hat der Konsul noch was gesagt?

- Ja. Er hat gesagt: die Türken bereiten ein Massaker vor.

- An den Armeniern?

- Ja.

- Hier hat es immer schon Massaker gegeben. Das wäre nichts Neues.

- Das stimmt.

- Hat der Konsul noch etwas gesagt?

- Ja. Er hat gesagt: die Türken bereiten ein Massaker vor, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Es wird alle Massaker der Geschichte in den Schatten stellen.

- Und woher will er das wissen?

- Er hat Informationen.

- Ein großes Massaker also?

- Ja.

- Wann?

- Das weiß man nicht.

- Worauf warten die Türken.

- Auf einen handfesten Anklagepunkt.

- Um das ganze armenische Volk anzuklagen?

- Ja.

- Da muß der Kaiser aber einschreiten?

- Das müßte er.

- Schließlich schießen die Türken mit deutschen Waffen.

- Da haben Sie recht.

- Der Konsul sollte den Kaiser benachrichtigen. Er sollte telegraphieren: Es steht ein Massaker bevor, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Die Opfer sind Christen.

- Das würde nichts nützen.

- Warum?

- Weil den Kaiser nicht interessiert, was eventuell geschehen könnte.

- Sie meinen: es muß erst geschehen.

- Jawohl.

- Man braucht Tatsachen? Konkrete Berichterstattung?

- So ist es.

- Um ihn dann zu bitten, hier einzuladen.

- Ja.

- Aber dann wird es doch zu spät sein? (S. 171/172)

HEYNE
BUCHER

**EDGAR
HILSENRATH**
**Das Märchen
vom letzten Gedanken**



Ein historischer Roman aus dem Kaukasus

Quellen:

Kurdische Geschichte im Überblick, GNN Verlag München 1995, S. 25/26

Norbert Schlachtsiek-Freitag: Edgar Hilsenrath, 51. Nlg. Kritisches Lexikon zu deutschsprachigen Gegenwartsliteratur - KLG

Peter Stenberg (University of British Columbia): Memories of the Holocaust - Edgar Hilsenrath and the Fiction of Genocide. DVLG, 56, 1982, S. 277-289

Der Autor (zitiert aus: Norbert Schlachtsiek-Freitag: Edgar Hilsenrath, 51. Nlg. Kritisches Lexikon zu deutschsprachigen Gegenwartsliteratur - KLG):

Edgar Hilsenrath, geboren am 2.4.1926 in Leipzig, entstammt einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Er wuchs in Leipzig und Halle an der Saale auf und besuchte bis 1938 die Mittelschule. Aus Furcht vor dem eskalierenden Judenpogrom schickte der Vater die Familie zu Verwandten nach Sighet/Rumänien. Nach der Machtergreifung der Faschisten in Rumänien wurde Hilsenrath 1941 ins jüdische Ghetto der ukrainischen Stadt Moghilev-Podels deportiert. Nach der Befreiung durch russische Truppen 1944 schlug er sich unter Lebensbedrohlichen Umständen nach Bukarest durch; nach der Kapitulation Rumäniens zog er mit gefälschten Papieren nach Palästina. 1951 wanderte er in die USA, deren Staatsbürgerschaft er annahm, aus und lebte bis 1975 vorwiegend in New York. Als deutschschreibender Autor wurde Hilsenrath Mitglied von „The Author's Guild“, „The Author's League“ und des PEN-Clubs der USA. Ende 1975 kehrte er nach Deutschland zurück, seitdem lebt er mit einem amerikanischen Pass in Berlin.

Preise: Alfred-Döblin-Preis, zusammen mit Einar Schleef (1989); Heinz-Galinski-Preis (1992); Hans-Erich-Nosack-Preis (1994).

Über Edgar Hilsenrath und seine Bücher zu schreiben, heißt zunächst einmal, an Versäumnisse der westdeutschen (Groß-)Verlage zu erinnern. Offerten von internationalen Literaturagenten, Empfehlungen von „scouts“, hervorragende Kritiken und Millionenausgaben im Ausland - viele Jahre lang hat keiner dieser Vorzüge ausgezeichnet, um auch nur einen westdeutschen Verleger für Edgar Hilsenrath zu interessieren. Erst 1979, nachdem ein Kleinverlag den Autor „durchgesetzt“ hatte und Hilsenrath einen neuen Verlag suchte, traten die Großen der Branche zum Pokern um Handgelder und Titelrechte an. Hilsenraths Komplikationen mit deutschen Verlagen reichen bis ins Jahr 1964 zurück. Damals schrieb der amerikanische Literaturkritiker Henry Marx, dem der Debütroman „Nacht“ zur Beurteilung vorgelegen hatte, einen „begeisterten Empfehlungsbrief“ an den Kindeler Verlag, dessen Chef das Buch daraufhin offenbar gegen massive interne Widerstände ins Programm aufnahm ... mit einer Auflage von 1000 ...

Das Märchen vom letzten Gedanken, Edgar Hilsenrath. Erschienen als Taschenbuch im Heyne Verlag, Best.Nr. 01/9101. DM 16,90. - (evd)

TERMIN

4./7.1.: Die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung führt die Winterkurse der Linken Schule Schnepfenthal vom 4. bis 7. Januar 1996 durch (Donnerstag mittag bis Sonntag mittag). Wie immer finden drei Kurse statt, diesmal zu den Themen: Philosophie: Religion und Staat, Glaube und Gewalt. Geschichte: Geschichte der Kommunalverfassungen. Wirtschaftspolitik/Gewerkschaftsbewegung: Kommunales Wirtschaften. Ort: Die Linke Schule findet wiederum in Schnepfenthal (Thüringen), Hotel Hermannstein statt. Anmeldung zu den Kursen für Interessierte

aus den westlichen Bundesländern: GNN Hamburg, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (0 40) 38 13 93, Fax (0 40) 3 89 83 31

27./28.1.: Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg. Tagesordnung u.a.: Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998 (Debatte und Beschluffassung); Die PDS in den Kommunen - Leitantrag zur Kommunalpolitik; Bericht Rechenschaftslegung 1994; Wahlen zur Bundeschieds- und zur Finanzrevisionskommission; Beschluffassung über die Finanzordnung der PDS.

27./28.1. Grüner Länderrat in Erfurt

27.1. 18. Landeskongress antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW in Duisburg

3./4.2. Grüner Frauenrat in Kassel

9.-11.2.: Wintertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen in der Jugendherberge in Osnabrück, Iburger Str. 2. Anmeldungen beim Büro der BAGs in Frankfurt, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. 069/250030, Fax 069/235584

1. / 3. 3. : Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Mainz.

9./10. März: BWK-Bundeskongress in Köln.

10. März : Kommunalwahlen in Bayern.

24. März : Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

1./6. 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen)

14./16. 6. Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

22. September : Kommunalwahlen in Niedersachsen